

Internationale Migration

Wirtschaftsgeographie – Katholische Universität Eichstätt

Materialien und Diskussionsgrundlagen

Nummer 4

Manuela HÖLZ

Eichstätt, Juli 1994

Materialen und Diskussionsgrundlagen des Faches Wirtschaftsgeographie
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Herausgeber: Prof. Dr. Josef Steinbach (bis einschl. Heft 14)

ISBN: 978-3-943218-07-7

ISSN: 2192-8827

© 1994 MDW. Die Autoren behalten die vollen Urheberrechte ihrer Beiträge.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung

2 Erscheinungsformen der modernen internationalen Migration

- 2.1 Die Rolle des internationalen Systems im Migrationsgeschehen
- 2.2 Die Bedeutung der Nationalstaaten für die Migration

3 Wirtschaftsmigration

- 3.1 "Lebenslange" Auswanderung und temporäre Arbeitsmigration
- 3.2 Kernzonen der Wirtschaftsmigration
- 3.3 Steuerung der Arbeitsmigration

4 Flüchtlinge

- 4.1 Definitionsprobleme
- 4.2 Gewaltflüchtlinge
- 4.3 Umweltflüchtlinge

5 Die Haupt-Wanderungsströme

- 5.1 Die Süd-Süd-Migration
 - 5.1.1 Die Situation in den Kernzonen des Flüchtlingsproblems
- 5.2 Die Süd-Nord-Migration
 - 5.2.1 Ursachen der Süd-Nord-Migration
 - 5.2.2 Auswirkungen und Probleme in den Entsendeländern
 - 5.2.3 Auswirkungen und Probleme in den Aufnahmeländern
- 5.3 Die Ost-West-Migration
 - 5.3.1 Die Situation vor und nach der Wende
 - 5.3.2 Ursachen der gegenwärtigen Ost-West-Migration
 - 5.3.3 Zukünftige Entwicklungen

6 Zukunftsaussichten

- 6.1 Bevölkerungsexplosion
- 6.2 Umweltflüchtlinge

7 Lösungsansätze

Anhang

1 Einleitung

Groben Schätzungen zufolge betrug die Gesamtzahl grenzüberschreitender Migration Anfang der 80er Jahre ca. 80 bis 100 Mio. Diese Zahl verteilt sich auf ca. 60 Mio. permanente Aussiedler, 20 Mio. zeitweilige Kontraktarbeiter und ca. 15 Mio. international anerkannte Flüchtlinge. Es ist anzunehmen, daß in den beiden erstgenannten Gruppen zahlreiche Personen enthalten sind, die zwar nicht de jure aber de facto zu den Flüchtlingen zählen. Bereits die 80er Jahre galten als "das Jahrzehnt der Flüchtlinge". Weltweit waren Menschen auf der Flucht. Die internationale Migration im ausgehenden 20. Jh. wird von zwei Entwicklungen beherrscht: Zum einen von einem rasanten Anstieg der Migrationszahlen (siehe Abbildung 1), zum anderen von der Konzentration der Migrationsbewegungen auf die Entwicklungsländer. Innerhalb eines Jahrhunderts hat sich somit das Migrationsgeschehen von der Nordhemisphäre, genauer von Europa, auf die Südhemisphäre verlagert. Das Scheitern des Kommunismus in Europa und der ehemaligen Sowjetunion und dessen Konsequenzen für die Staaten des ehemaligen Ostblocks kennzeichnen die jüngsten Entwicklungen im Migrationsgeschehen.

Die Industriestaaten westlicher Prägung scheinen momentan die einzigen Regionen zu sein, von denen keine Migrationsströme ausgehen, die dafür aber in zunehmendem Maße das Ziel von Migranten aus aller Welt sind. Wird der Ideologienwettstreit des Ost-West-Konflikts von einem Nord-Süd-Konflikt abgelöst, wo sich die reiche Elite der westlichen Industriestaaten gegen den Massenansturm von Armen, Mißhandelten und Ausgebeuteten des Südens verbarrikadiert? In dieser Arbeit soll versucht werden, die Hintergründe und Einflußgrößen dieses weltweiten Wanderungsphänomens ein wenig zu beleuchten und ausgehend von diesem Wissen einen Blick in die Zukunft zu wagen.

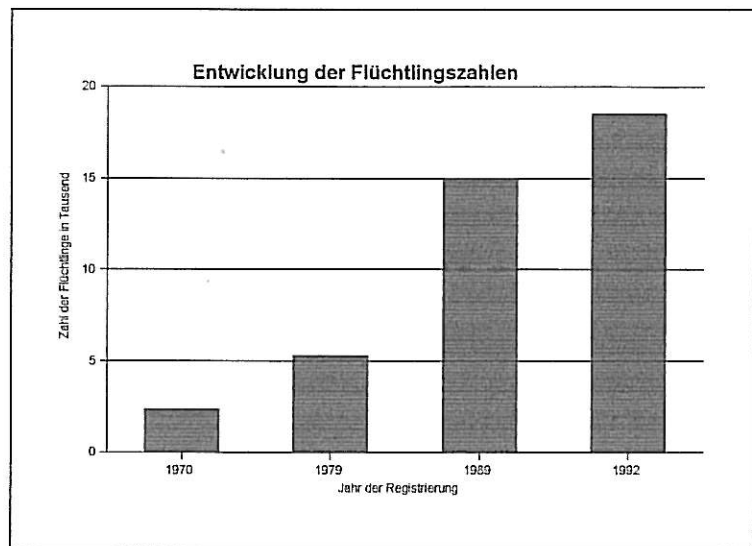


Abb. 1: Entwicklung der Flüchtlingszahlen von 1970 bis 1992.

2 Erscheinungsformen der modernen internationalen Migration und ihre Ursachen

Grundsätzlich wird unterschieden zwischen soziopolitisch induzierter Migration und solcher, die durch ökonomische Spannungen ausgelöst wird. In der Praxis ist es aber nicht möglich, strikt zwischen ökonomisch und soziopolitisch bedingter Migration zu trennen. Wie schwer es ist, die einzelnen Migrationsformen im realen Wanderungsgeschehen zu unterscheiden, soll am Beispiel Haitis veranschaulicht werden. Das Bevölkerungswachstum in Haiti ist enorm hoch und so wurden die Wälder abgeholzt, um zusätzliche Ackerfläche zu gewinnen. In Folge dessen kam es zu exzessiver Bodenerosion, so daß heute weite Landstriche unfruchtbar sind und die Nahrungsmittelproduktion nicht ausreicht, um die Bevölkerung Haitis zu ernähren. Hinzu kommt eine autoritäre Regierung, die unfähig ist, die Probleme wirksam zu bekämpfen

und obendrein vor Mißhandlungen ihrer Bürger nicht zurückschreckt. Fallen die flüchtenden Haitianer nun unter die Kategorie Wirtschaftsflüchtlinge, politische Flüchtlinge oder Umweltflüchtlinge? Wer kann darüber urteilen? Was immer den Anlaß zum Ortswechsel geben mag, das Streben, die wirtschaftliche und/oder soziale Lage zu verbessern, spielt immer mit.

2.1 Die Rolle des internationalen Systems im Migrationsgeschehen

Entwicklungspolitik, Wirtschafts- und Politikwissenschaft haben in den letzten Jahrzehnten versucht, die Beziehung zwischen dem internationalen System und dem weltweiten Migrationsverhalten zu analysieren. Alle drei Disziplinen haben dabei parallele Entwicklungen durchlaufen. Ging man in den 60er Jahren noch von einer allmählichen Annäherung der Systeme von Nord und Süd und ebenso von Ost und West aus, so standen in den 70er Jahren die Abhängigkeitstheorien im Mittelpunkt. In den 80er Jahren entdeckte man schließlich die Dominanz der nationalstaatlichen Struktur des internationalen Systems wieder neu (siehe unten).

Neben wirtschaftlichen Verflechtungen haben auch die internationalen politischen Systeme großen Einfluß auf Migrations- und vor allem Flüchtlingsbewegungen. Durch den allmählichen Zerfall der alten Kolonial- und Weltreiche nach dem Zweiten Weltkrieg in kleinere Gebilde (was keinesfalls als bedauerliche Entwicklung verstanden werden soll) kam es zu einer enormen Destabilisierung der Staatenwelt. Die Konsequenz dieser Entwicklung waren und sind noch heute große Migrations- und Flüchtlingsbewegungen.

Die weltwirtschaftlichen Strukturen bewirken einen ungleichen Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, durch den sich erstere bereichern und letztere zunehmend verarmen. Auf diesem Weg verstärken die "terms of trade" das Nord-Süd-Gefälle und tragen zur Süd-Nord-Wanderung bei.

Der bis Ende der 80er Jahre andauernde Ost-West-Konflikt führte zur Aufrüstung und Militarisierung der Entwicklungsländer. In den Drittweltstaaten erhöhte sich dadurch die Neigung, lokale und regionale Konflikte gewaltsam auszutragen. Das Ende des Kalten Krieges hatte paradoxerweise neue politisch bedingte Fluchtbewegungen zur Folge. Die nachlassenden Kohäsionswirkungen des Ost-West-Konfliktes bewirkten auch ein Nachlassen des externen Drucks seitens der kommunistischen oder amerikanischen Vormacht. Der Zwang zur Blocksolidarität fehlt heute weitgehend oder völlig, und das hat zu einer innenpolitischen Destabilisierung geführt. Gründe hierfür sieht BELLERS (1993, S. 45) in der ausbleibenden Unterstützung (materiell wie immateriell, dazu gehören auch die tatkräftige Unterstützung von Militäreinsätzen gegen Aufständische in der eigenen Bevölkerung) durch die externe Macht. Da die hochpotente Stütze der Machthaber entfällt, wagen oppositionelle Gruppen im Land, das System anzugreifen. Es kommt in zunehmendem Maße zu Machtkämpfen zwischen den Parteien, die in vielen Fällen in militante Auseinandersetzungen, Terrorakte und Bürgerkrieg münden, welche wiederum die Zivilbevölkerung zur Flucht bewegen. Die betroffenen Länder versuchen ihr labiles Staatsgebilde auf einer ideellen Ebene zusammenzuhalten. Um dies zu erreichen werden nationalistische Ideologien intensiviert und dadurch ethnische Konflikte geschürt. Betroffen von dieser Entwicklung sind alle Staaten, deren Bevölkerung sich aus vielen verschiedenen Ethnien zusammensetzt, also die Länder des ehemaligen Ostblocks, Ostindien, Südostasien und besonders Afrika. Die Ausgrenzung von vermeintlich nicht nationalen Gruppen hat immer eine steigende Zahl politischer Flüchtlinge zur Folge.

Die zunehmende globale Raum-Zeit- und Raum-Kosten-Konvergenz sowohl im Verkehrs- als auch im Informationswesen führen zu einer stetigen Verminderung der Transaktionskosten und Risiken der Fernwanderung. Parallel zur Entwicklung immer leistungsfähigerer Verkehrs- und Informationssysteme ist auch die Migrationsbereitschaft gestiegen.

Nachdem nun die Frage behandelt wurde, wie sich das internationale System auf die Migrationsströme auswirkt, soll im Folgenden kurz darauf eingegangen werden, ob die transnationalen Ströme von Arbeitsmigranten und Flüchtlingen einen Einfluß auf die Struktur des internationalen Systems haben. Die internationale Politik spricht in diesem Zusammenhang von der "Interdependenz in der Staatenwelt". Zwar sind die transnationalen Ströme nur zum Teil staatlich steuerbar, jedoch "... ist nicht zu erwarten, daß die Interdependenzen durch Migranten die machtpolitischen Strukturen des internationalen Systems in ihrem Kern zu ändern vermögen" (BELLERS, S. 49). Langfristige Einwirkungen, nicht über die machtpolitische sondern über die kulturelle und sozialpsychologische Ebene, sind durchaus denkbar. Leider gibt es in dieser Richtung bislang keine konkreten Forschungsergebnisse. Denkbar wäre z.B. eine Untersuchung über den Einfluß türkischer Remigranten auf die Reislamisierung in ihrer Heimat. Je nachdem, ob die Rückkehrer vom Westen enttäuscht sind, oder sich dort einen Lebensstil angeeignet haben, den sie in der Heimat nicht fortsetzen können, werden sie unterschiedliche Ziele verfolgen.

Ein Problem ganz anderer Art ist der Mißbrauch von Flüchtlingen als politisches Druckmittel. Das Elend der Flüchtlinge wird zunehmend als medienwirksames Druckmittel bei der Durchsetzung politischer Interessen und Ziele eingesetzt bzw. mißbraucht. Ein aktuelles Beispiel hierfür sind die Kurden, die im Nordirak an der Grenze zur Türkei von UNO-Truppen geschützt werden. Auch die von Israel verbannten Palästinenser kamen der PLO gelegen. Die Weltöffentlichkeit sah sich angesichts der hungernden und frierenden Männer gezwungen, nach einer Lösung des Palästinenserproblems zu suchen.

2.2 Die Bedeutung der Nationalstaaten für die Migration

Die Zerstückelung der Weltgesellschaft in Nationalstaaten ist eine Hauptursache für Migration. Erst in einem Nationalstaat entsteht ein Konfliktpotential zwischen verschiedenen Ethnien. In multinationalen Großstaaten, wie sie beispielsweise die österreichisch-ungarische Monarchie darstellte, lebten sehr heterogene Elemente nebeneinander, ohne daß bestimmte Gruppen als "wesensfremd" empfunden worden wären. Im spanischen Granada lebten zur Zeit der Maurenherrschaft Christen, Juden und Moslems in einer materiell und geistig höchst fruchtbaren symbiotischen Gemeinschaft. Der Nationalstaat geht dagegen in vielen Fällen sehr rigoros gegen angeblich "antinationale" Elemente vor, und hofft auf diese Weise, die Fiktion der inneren Einheit aufrecht erhalten zu können. Nationalstaaten trachten danach, je nach Lage der Dinge, Migration zu fördern oder zu hemmen. Nicht selten stellen sie die eigentliche Ursache für Migrationsbewegungen dar.

Die Renaissance des Nationalismus in Europa wurde ausgelöst durch die Wirtschaftskrise, den europäischen Einigungsprozeß und Grenzöffnungen im Osten. Die "Ausländer"problematik ist in fast allen europäischen Staaten zu einem politischen Thema geworden. Dieser "völkische" Nationalismus definiert Nation als Abstammungsgemeinschaft mit einer inhaltlich festgelegten und nach außen abgegrenzten Kultur. Begriffe wie Vielvölkerstaat, Multiethnizität oder Multikulturalismus werden als Völkermischmasch und Kulturbrei abgelehnt. Mehr noch; das Zusammenwachsen der Staaten auf politischer Ebene, wie es der europäische Einigungsprozeß anstrebt, stellt in den Augen der Nationalisten eine Gefahr für die innere Rechtsordnung und die Identität des Staates dar. Im Gegensatz dazu verstehen sich die demokratischen Staaten des Westens nicht als völkische Nationen, sondern als Republikanische, als ein Zusammenschluß von Menschen, die sich aus freiem Willen einer gemeinsam gewählten politischen Ordnung unterstellen. Die republikanische Gesellschaft ist somit offen für Fremde, die sich mit dem Staat solidarisch erklären, die bereit sind, sich den Regeln unterzuordnen und sich der Gesellschaft gegenüber loyal zu verhalten. Das bedeutet, daß man beispielsweise nicht als Amerikaner geboren sein muß, um in die amerikanische Gesell-

schaft aufgenommen zu werden (*ius solis*). In den traditionellen Vielvölkerstaaten wie der Schweiz oder den klassischen Einwanderungsländern wie die Vereinigten Staaten, Australien oder Kanada wird Kultur nicht als völkische und damit statische Monokultur gesehen, sondern als "dynamische Schöpfung freier Bürger" (OBERNDÖRFER, 1994).

Deutscher wird man dagegen nur durch Geburt oder Herkunft (*ius sanguinis*). Das Grundgesetz mit seinen weltbürgerlichen Prämissen und seinen republikanisch geprägten Werten bleibt weit hinter der Realität zurück. Hingewiesen sei an dieser Stelle vor allem auf Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes wo es heißt: "... niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden." Auch heißt es im Grundgesetz, daß die Würde des Menschen, nicht des Deutschen, unantastbar ist. Das Recht der Bürger unseres Landes leitet sich also wie in anderen republikanischen Staaten aus der Natur des Menschen und nicht aus irgendwelchen nationalen Eigenschaften ab. Lange konnten die Bundesbürger das Wissen um die Diskrepanz zwischen den im Grundgesetz verbürgten Menschenrechten und dem praktischen Umgang mit Ausländern in unserer Gesellschaft verdrängen. Doch mit der steigenden Zahl ausländischer Mitbürger taucht zunehmend die Frage nach dem Erhalt der deutschen Kultur auf. Und hier offenbart sich deutlich eine nationalistische Gesinnung: Kultur ist Ausdruck einer ethnisch-monokulturellen über Jahrhunderte gewachsenen Abstammungsgemeinschaft, und da sie das in den Augen Vieler auch bleiben soll, muß das deutsche kulturelle Erbe gegen Ver- und Überfremdung geschützt werden und darf nicht wachsen, sich nicht verändern und (weiter-)entwickeln.

Die deutschen Nationalisten stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß Deutschland kein Einwanderungsland sei, und daß eine totale Öffnung der Grenzen zum Zusammenbruch unserer politischen und sozialen Ordnung führen würde. Das ist sicher richtig. Die Frage ist aber, ob es angesichts der rückläufigen Geburtenraten und der fortschreitenden Überalterung unserer Gesellschaft nicht angebracht wäre, ernsthaft über eine Einwanderungsgesetzgebung für die Bundesrepublik nachzudenken. Damit wären nicht nur die "Nachwuchsprobleme" in den Griff zu bekommen, sondern auch die illegale Einreise von Wirtschaftsflüchtlingen und "Scheinasylanten" könnte zumindest teilweise in legale und damit kontrollierbare Bahnen geleitet werden. Die Anfang der 90er Jahre erstellte Modellrechnung des DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG kommt zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik bis zum Jahr 2008 eine Zuwanderung von jährlich 300.000 Facharbeitern benötigt, allein um die momentane Wirtschaftskraft zu erhalten. Wegen der zunehmenden Überalterung der Bundesbürger hält das Institut eine jährliche Zuwanderung von rund einer Million für notwendig. Im Jahr 2015 würden nach diesem Modell neben den bisher rund 6 Mio. ca. 12 Mio. weitere Einwanderer in der Bundesrepublik leben. Bislang beschränkt sich die "Nachwuchsrekrutierung" der Bundesrepublik auf die Wiedereinbürgerung deutschstämmiger Aussiedler gemäß Artikel 116 des Grundgesetzes, der das Recht Vertriebener und Volksdeutscher auf die deutsche Staatsbürgerschaft festlegt. Folglich hat jeder noch so entfernte Nachfahre deutscher Auswanderer bei Einreise in die Bundesrepublik ein Anrecht auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Nachkommen der Gastarbeiter werden dagegen noch in der dritten Generation als Ausländer bezeichnet und behandelt, obwohl sie denselben Sozialisationsprozeß durchlaufen haben wie ihre deutschen Altersgenossen und im Gegensatz zu Spätaussiedlern akzentfrei deutsch sprechen. Aus dem Wiedergutmachungs-Artikel 116 GG der Nachkriegsjahre wurde in jüngster Zeit ein völkisch definiertes Einwanderungsgesetz. OBERNDÖRFER fordert deshalb zu recht den "... Abschied vom völkischen Wahn ...", der seinen Ausdruck finden müsse "... in der Umwandlung einer bloßen Zuwanderungsgesellschaft in ein Einwanderungsland ...", in dem das Ausmaß der Zuwanderung "... nach Kriterien der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bestimmen ..." ist, statt nach "... nebulösen Vorstellungen völkischer Ideologen von verletzter "deutscher" Identität" (OBERNDÖRFER, 1994).

3 Wirtschaftsmigration

3.1 "Lebenslange" Auswanderung und temporäre Arbeitsmigration

Aufgrund der kontinuierlich sinkenden Transaktionskosten für Marktkontrollen bildeten sich ab Mitte des 19. Jh. in Europa zunächst Märkte für Kapital, dann für Arbeit. Im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung der Wirtschaftsmigration wurde die wirtschaftlich bedingte Auswanderung als dominierende Form der Migration sukzessive von immer kurzfristigeren Migrationsformen abgelöst. Erst dann kam als junge Variante der Wirtschaftsmigration die Arbeitsmigration auf. Von Arbeitsmigration wird dann gesprochen, wenn eine Erwerbsperson für mindestens ein Jahr in einem anderen Land lebt und arbeitet. Dies geschieht auf freiwilliger Basis aufgrund ökonomischer Motive.

Wie bereits erwähnt, haben Innovationen sowohl in der Transport- und Informationstechnik, als auch in den jeweiligen Systemen zu sinkenden Raumüberwindungskosten geführt. Auch die Migrationsbewegung selbst kann größen- bzw. auslastungsbedingte Kostensenkungen verursachen (sogenante Skalenerträge → economies of scale). Erst durch diese fortschreitende Raum-Zeit- und Raum-Kosten-Konvergenz konnten sich seit etwa 1870 kontinentale und interkontinentale Arbeitsmärkte bilden. Durch die schrumpfende Raumfraktion kann die Arbeitsmigration als Ausgleichsmedium auf Marktungleichgewichte immer flexibler reagieren. Heute sind die Raumüberwindungskosten in dem Maße gesunken, "... daß der räumliche Entscheidungsspielraum der potentiellen Migranten nahezu unbeschränkt groß geworden ist" (KÖRNER 1990, S. 18).

Die zeitliche Dimension der Migration steht in einer gewissen Abhängigkeit zur räumlichen Dimension. D.h. je weiter der Zielort weg liegt, desto höher sind die Raumüberwindungskosten und je höher die Raumüberwindungskosten, desto länger wird der Aufenthalt in der Zielgesellschaft ausfallen. Sinkende Transaktionskosten sorgen für eine zunehmende Entscheidungsfreiheit der Wirtschaftsmigranten was den Zeitpunkt ihrer Rückkehr betrifft. Je niedriger die Transportkosten, desto eher kann der Migrant zurückkehren, sollten sich seine Hoffnungen in der Zielgesellschaft nicht erfüllen. Dieses Verhalten kann sich ändern, wenn die Aufnahmeländer die Zuwanderung einschränken oder unterbinden. Restriktive Maßnahmen können dazu führen, daß die Arbeitsmigranten die geplante Rückkehr in ihr Heimatland immer wieder auf schieben. Ein Beispiel ist der 1973 von der Bundesregierung beschlossene Anwerbestop. Die Remigranten wußten, daß sie nach der Rückkehr in ihr Heimatland nicht wieder (oder nur unter erschwerten Bedingungen) in die Bundesrepublik würden einreisen können. Deshalb schob ein Teil der Gastarbeiter trotz zunehmender Unannehmlichkeiten (wie Arbeitslosigkeit und Diskriminierung) die geplante Remigration immer wieder hinaus. Hinzu kommt, daß der Migrant im Laufe seines Aufenthalts mehr und mehr Bindungen eingeht und sich so in zunehmendem Maße mit seiner neuen sozialen Umgebung identifiziert. Neben den beiden Extremformen der Wirtschaftsmigration, der permanenten Auswanderung und der temporären Arbeitsmigration, ist so der Typus der "quasi permanenten Migration" oder der "working life long residence" entstanden. Eine weitere Ursache der ungeplanten Aufenthaltsverlängerung und der zunehmenden Unentschlossenheit bezüglich der Rückkehr liegt in der Veränderung der demographischen und sozialen Merkmale der Migranten im Zeitablauf. Diesen Wandel der temporären Migration nennt BÖHMING "Reifungsprozeß der Migration." Er teilt den Reifungsprozeß in vier Phasen ein. In der zeitlich frühen Phase der Migration wandern vor allem junge, ledige, qualifizierte Männer. Hält die Wanderungsbewegung an, so kommt es in der Regel durch Kettenwanderungsprozesse zu einer verstärkten Migration. Es wandern dann zunehmend auch ältere, schlechter ausgebildete, verheiratete Männer aus entlegeneren ländlichen Re-

gionen der Entsendeländer. Die dritte Phase ist gekennzeichnet durch den Nachzug von Frauen und Kindern. In der vierten Phase schließlich stabilisieren sich die Migrantengruppen im Aufnahmeland. Dies löst praktisch automatisch neue Wanderungswellen aus, da die nachfolgenden Migranten Informationen von Angehörigen oder Freunden erhalten, die bereits in der Zielgesellschaft leben, und die Auffangpositionen für die Neuankömmlinge bieten. Dadurch ist das Risiko der Migration beträchtlich geringer, und es kommt zur sogenannten "self-feeding migration".

3.2 Kernzonen der Wirtschaftsmigration

Nachdem sich die wirtschaftliche und politische Situation normalisiert hatte, setzte sich in den 50er Jahren die ökonomisch-spekulative, temporäre Arbeitsmigration innerhalb der Wirtschaftsmigration durch. Nach der Wiederaufbauphase kam es im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Ländern Nordwesteuropas zu einem Arbeitskräftemangel, der zunehmend Arbeitsmigranten aus den Mittelmeerländern anlockte. Die geographisch nahegelegenen attraktiven Beschäftigungsmöglichkeiten in Mittel- und Nordeuropa (Deutschland, Österreich, Schweiz, Frankreich, Skandinavien und Beneluxstaaten) ließen keine europäische Überseemigration in großem Umfang mehr aufkommen. Zu den traditionellen Entsendeländern Italien, Griechenland, Spanien und Portugal kamen die Türkei und Jugoslawien und zuletzt Marokko und Tunesien hinzu. In Süd- und Nordwesteuropa entstand nach und nach eine stabile Kernzone der temporären Arbeitsmigration. Weitere Kernzonen bildeten sich in Nordamerika und Ozeanien. In Nordamerika besteht zwischen den USA und Kanada ein starker Austausch. Im Falle der USA kommen noch Migranten aus Mexiko, Kuba, der Dominikanischen Republik und den Westindischen Inseln hinzu. In geringerem Maße kommen auch Migranten von den Philippinen, aus Taiwan, Südkorea und Indien. Zahlenmäßig übertrifft der Wanderungsstrom aus nichteuropäischen Ländern den der traditionellen Immigration aus Europa seit den 50er Jahren beträchtlich. In Kanada verlagerte sich die Herkunftsstruktur in ähnlicher Weise. In Australien und Neuseeland vollzieht sich die Verlagerung der Herkunftsländer von den Commonwealth-Staaten auf den Vorderen Orient, Asien und Südamerika nur langsam. Der Austausch mit den "alten" Commonwealth-Staaten ist bilateral, und so kann man auch hier von einer Migrationskernzone sprechen.

Neben den Kernzonen gibt es noch Migrationskomplexe, deren Wanderungsströme zwar von geringerer Intensität und Nachhaltigkeit sind, die aber geographisch klar abgrenzbar sind. Eine dieser sogenannten "peripheren Migrationszonen" (KÖRNER 1990, S. 64) liegt in Südamerika. Die Auswanderung aus Südeuropa ist zwar seit den 60er Jahren rückläufig, doch bestehen Wanderungsbewegungen zwischen den Ländern Südamerikas. Aus Bolivien, Chile und Paraguay wandern Arbeiter nach Argentinien, Kolumbien entsendet Arbeitskräfte nach Venezuela.

Eine zweite periphere Migrationszone liegt in West-Südasiens. Seit Anfang der 70er Jahre locken die Ölländer Arabiens zahlreiche Arbeitsmigranten aus Jordanien, Syrien, Ägypten, dem Libanon und der Türkei an. In geringerer Zahl kommen auch Arbeiter aus Pakistan, Indien und Südkorea. Auch Großbritannien bildet ein untergeordnetes Migrationszentrum. Während die Briten selbst bis heute hauptsächlich nach Australien, Kanada und Neuseeland emigrieren, sind die Britischen Inseln als Aufnahmeland zunehmend das Ziel von Migranten aus den "neuen" Commonwealth-Staaten Bangladesh, Indien, Pakistan, Sri Lanka und Britisch-Westindien. In diesem Fall bestehen also die Wanderungsströme der Überseemigration des 19. Jh. nach wie vor und dies obwohl die politischen Bindungen und Handelsbeziehungen des Commonwealth (spätestens seit dem EG-Beitritt Großbritanniens 1973) überkommen sind.

Das Beispiel der Commonwealth-Staaten zeigt, daß auch historische politische und wirtschaftliche Beziehungen das Migrationsverhalten nachhaltig beeinflussen und den Migrationsbewegungen auch in Zeiten weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Umwälzungen einen gewissen Grad an Persistenz verleihen. Ein Teil der Migranten reagiert dagegen sehr sensibel auf solche Veränderungen, wie sich im Falle der Erdölstaaten gezeigt hat.

Seit die Öllkrisen der 70er Jahre die europäischen und nordamerikanischen Arbeitsmärkte für Migranten aus den traditionellen mittelmeeischen bzw. mittelamerikanischen Entsendeländern schwer zugänglich gemacht haben, mußten sich die Arbeitsmigranten teilweise umorientieren. Die aufkommenden Wachstumszentren in den erdölreichen Staaten am Golf, in Südostasien und in Südamerika (Südbrasilien und Venezuela) entwickeln sich zu neuen Innovationszentren, die nicht nur für Kapital und Know How, sondern auch für Migranten attraktiv sind. So hat sich beispielsweise ein Teil der Migranten aus dem Maghreb (v.a. Marokkaner und Algerier, die bis dahin auf Frankreich als ehemalige Kolonialmacht fixiert waren) auf die Golfstaaten umorientiert.

Die Weltkarte der Wirtschaftsmigration weist zwei "weiße Flecken" auf. Dies sind Süd- und Ostasien und Schwarzafrika. Die Ursache hierfür ist das Fehlen verlässlicher Statistiken. Einerseits ist dies zurückzuführen auf das Unvermögen der Verwaltung der Entsendeländer (die Verwaltungen sind zu schwach, um Wanderungsbewegungen wirksam zu kontrollieren und zu dokumentieren). Andererseits geht es auch zurück auf die migrationsfeindliche Haltung der Aufnahmeländer. Folglich tritt Arbeitsmigration in diesen Ländern in irregulärer (nicht dokumentierter) oder illegaler Form auf und entzieht sich so jeglicher Kontrolle.¹

3.2 Steuerung der Arbeitsmigration

Von den weltweit rund 2 bis 3 Mrd. Menschen im Erwerbsalter arbeiten z.Z. lediglich ca. 30 bis 35 Mio. im Ausland. Diese Zahl beweist, daß trotz der Internationalisierung der Produktion vor allem durch die multinationalen Unternehmen die wirtschaftswissenschaftliche Theorie der liberalen Schule von KEYNES, derzufolge Arbeitskräfte dorthin wandern, wo das Lohnniveau am höchsten ist, in der Praxis nur sehr bedingt zutrifft. Heute weiß man, daß die internationalen ökonomischen Prozesse nationalstaatlich vorgeprägt und von nationalstaatlichem Protektionismus durchdrungen sind. Die protektionistische Abschottung vieler Nationalstaaten führt dazu, daß Kapital, Waren und Arbeitskräfte ihren Zielort nicht frei wählen können. Der heutige Protektionismus besteht in der Formierung von Großwirtschaftsräumen, die sich nicht wie in den 30er Jahren gegeneinander abschotten, sondern eng kooperieren, aber in der Tendenz mehr auf sich selbst gerichtet sind. "Die Interaktionsdichte mit anderen Großwirtschaftsräumen nimmt relativ ab" (BELLERS 1993, S. 44). Dies wirkt sich stark auf die Migrationsbewegungen aus. Die geringere räumliche Distanz und die starke wirtschaftliche Verflechtung führen dazu, daß Migration von Arbeitskräften sich vorwiegend innerhalb von Großwirtschaftsräumen abspielt.

Auch die Interessen von Entsende- und Aufnahmeländern beeinflussen die Arbeitsmigrationsströme. Die Entsendeländer fördern die Emmigration, um soziale Spannungen abzubauen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit auftreten. Außerdem hoffen sie, das Know How der rückkehrenden Migranten sowie deren Devisenübertragungen für die wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Landes nutzen zu können. Als Muster-

¹ In Japan besteht ein grundsätzliches Einreiseverbot für ausländische Arbeitnehmer. Angehörigen der südostasiatischen Staaten wird selbst mit Touristenvisa die Einreise verweigert.

beispiel gilt in diesem Zusammenhang Italien. Durch die Einkommensübertragungen steigt die Kaufkraft und damit die binnenwirtschaftliche Nachfrage. Dieser Nachfrageanstieg wiederum kann den Industrialisierungsprozeß im jeweiligen Entsendeland fördern. In manchen Fällen qualifizieren sich die Migranten im Gastland weiter und stellen ihre im Ausland erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse ihrem Herkunftsland nach der Rückkehr zur Verfügung.

Ganz andere Interessen und Ziele verfolgen die Aufnahmeländer. Allgemein ist festzustellen, daß Migranten gut als Erpressungsmittel mißbraucht werden können und als solches auch ganz gezielt in der Außenpolitik eingesetzt werden. In der Regel wird vom Immigrationsland Druck auf die Entsendeländer ausgeübt, die angehalten sind, ihre Außenpolitik in einer dem Aufnahmeland angenehmen Weise zu gestalten. In Ausnahmefällen erhoffen sich auch die Entsendeländer im Zuge der Migration in den Aufnahmeländern "einen Fuß in die Tür zu bekommen" (siehe das Interesse Griechenlands, über die "albanisierten Griechen" Einfluß auf Albaniens Politik zu nehmen). In der Regel gestaltet sich das Abhängigkeitsverhältnis jedoch anders herum. Ein Beispiel ist die von Mitterand durchgeführte Liberalisierung der Einwanderungspolitik zu Beginn seiner Präsidentschaft. Sein Ziel war es unter anderem, die außenpolitischen Beziehungen zu den Drittweltstaaten zu verbessern. Die Bestrebungen, die in Frankreich lebenden Algerier zu integrieren, zielten ebenfalls darauf ab, Algerien stärker an Frankreich zu binden. Die Förderung türkischer Arbeitsmigration durch Libyen sollte eine Annäherung zwischen der Türkei und der NATO unterbinden oder zumindest behindern. Ein anderes Interesse haben klassische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada und Australien. Sie fördern die Immigration, um ihre riesigen Territorien wirtschaftlich und sozial zu erschließen. Die billigen Arbeitskräfte ermöglichen einen hohen Produktivitätsumfang und eine gute Auslastung des Produktionspotentials. Andere Interessengruppen sehen jedoch auch Nachteile. So fürchten die Gewerkschaften die arbeitsmarktpolitische Konkurrenz ihrer Klientel und sinkendes Lohnniveau. Wirtschaftsverbände in den hochindustrialisierten Staaten fürchten, daß durch das große Angebot an billigen Arbeitskräften erforderliche Strukturwandel- und Rationalisierungsprozesse ausbleiben und so das Überleben der Volkswirtschaft in der Weltmarktkonkurrenz gefährdet wird.

4 Flüchtlinge

4.1 Definitionsprobleme

"Die aktivsten Gruppen werden mit dem Mut, der Hartnäckigkeit und der Verschlagenheit der äußersten Verzweiflung auszubrechen suchen. Sie werden auf allen Wegen, mit allen Mitteln, unter allen Gefahren in endlosen Massen herandrängen - überallhin, wo es nur um ein geringes besser zu sein scheint, als in ihrer Heimat. Die "Boat-people" waren nur eine erste von dieser Zukunft kündende Welle.

Die reicheren Länder werden sich gegen diesen Ansturm zur Wehr setzen. Sie werden Befestigungsanlagen an ihren Grenzen errichten, wie sie heute nur zum Schutz von Kernkraftwerken dienen. Sie werden Minenfelder legen und Todeszäune und Hundelaufgehege bauen." (NEUFFER 1982, S. 61).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges galt es, für 8,5 Mio. "displaced persons" (Verschleppte und Flüchtlinge, zu deutsch "Entwurzelte") eine neue Heimat zu finden. Die UN rief dazu die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) ins Leben. Ihr Nachfolger, die IRO (International Refugee Organisation) ist bis heute tätig. Als Folge des Krieges kam es also erstmals zu einer international kontrollierten Migration. "Damit waren zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Migration aus

pragmatischen Hilfsansätzen die Grundstrukturen eines öffentlich kontrollierten (und finanzierten), organisierten Migrationsmechanismus entstanden, ..." (KÖRNER 1990, S. 63). Der heute allgemein akzeptierte Grundsatz, nämlich die Behandlung internationaler Migration als eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse, die somit staatlich geregelt werden muß, hat demnach seine Wurzeln im Verschleppten- und Flüchtlingsproblem der Nachkriegszeit.

Vor diesem Hintergrund entstand auch die erste international gültige Definition des Flüchtlingsbegriffs in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Die Konvention, ergänzt durch das Protokoll von 1967, definiert den Flüchtling als eine Person, "... die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen rassischer, religiöser und politischer Gründe, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, oder wegen ihrer Nationalität außerhalb ihres Heimatstaates befindet und nicht dessen Schutz genießen kann, oder wegen solcher Furcht sich dem Schutz dieses Landes nicht unterstellen will; oder die als Staatenlose oder bei einem Aufenthalt außerhalb des Landes des früheren Hauptwohnsitzes ... nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen solcher Furcht dieses nicht will." Da die Formulierung auf die Flüchtlingproblematik des Dritten Reiches und der Nachkriegszeit zugeschnitten ist genügt sie den heutigen Anforderungen nicht mehr. Alle offiziellen Flüchtlingsstatistiken enthalten nur Personen, deren Situation dieser Definition oder der Flüchtlingsdefinition des UNHCR (United Nations High

Commissioner for Refugees), die jedoch weitgehend identisch ist, entspricht. Die offiziellen Angaben von derzeit ungefähr 18,5 Mio. Flüchtlingen weltweit berücksichtigt folglich die hohe Zahl der Umweltflüchtlinge, die fliehen, weil ihre Ernährungsgrundlage zerstört wird, nicht. Ebenso wenig fallen Wirtschaftsflüchtlinge oder Gewaltflüchtlinge unter diese Definition. Die Zahl dieser "unechten" Flüchtlinge beläuft sich schätzungsweise auf ein Vielfaches der offiziellen Zahlen. Konzentrierten sich die Fluchtbewegungen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts noch auf Europa, so haben sich die Kriesenherde infolge der Entkolonialisierung nach Kriegsende in die Drittweltländer verlagert. Europa mußte als Zentrum der Weltpolitik abdanken, neue Kommunikations- und Transporttechnologien ließen die Welt zum Dorf werden und die Flüchtlingsfrage zu einem Weltordnungsproblem. Abbildung 2 zeigt die Verteilung der Flüchtlinge auf die Regionen der Erde im Zeitverlauf. Auf Karte 1 im Anhang sind die Weltweiten Flüchtlingsbewegungen dargestellt.

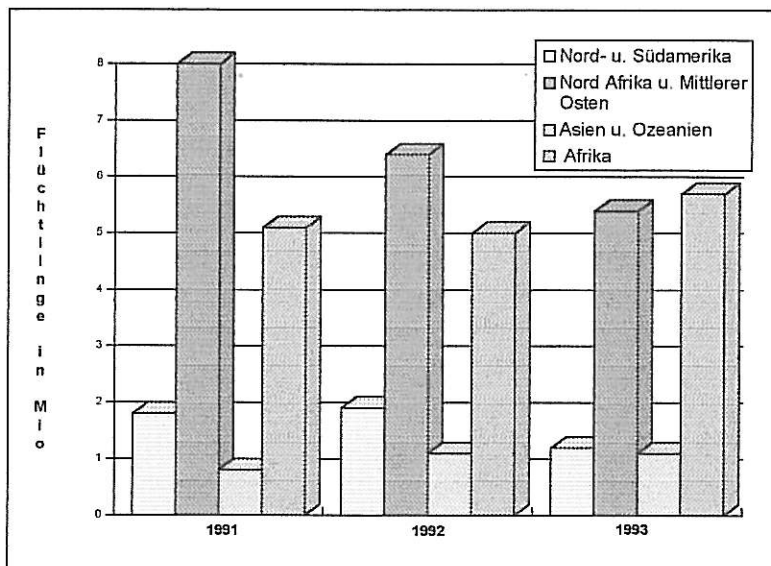


Abb. 2: Verteilung der Flüchtlinge auf die Regionen der Erde im Zeitverlauf. Quelle: UNHCR-Statistik, Stand 31.06.1993.

4.2 Gewaltflüchtlinge

Als Gewaltflüchtlinge sind all jene Personen zu bezeichnen, die vor kriegesischen Auseinandersetzungen, Unterdrückung und Diskriminierung unterschiedlichster Art fliehen. In dieser Gruppe sind auch die international anerkannten "legalen" Flüchtlinge enthalten. Im Einzelnen können folgende Ursachen für die Fluchtbewegungen unterschieden werden:

- Territoriale Konflikte: Darunter fallen sowohl internationale (Zweiter Weltkrieg, Indochinakrieg) als auch nationale Konflikte (Kriege in den Kolonien nach der Unabhängigkeit), gewaltsame Annexion (Tibet, Ogaden, Nordschad) und Autonomieansprüche einzelner Regionen (Eritrea, Südsudan, Pakistan → Bangladesch).

- Ideologisch-politische Konflikte: In Machtsystemen, die auf totalitären Ideologien gründen, werden Andersdenkende oft gewaltsam verdrängt. Staatswillkür, politische Unterdrückung und Verfolgung Oppositioneller äußert sich in Folter, Verbannung oder Deportation. Wird der Druck auf die Opposition so groß, daß die Verfolgten nicht mehr viel zu verlieren haben, so neigen die Oppositionellen dazu, sich militärisch zu organisieren. Die so entstehenden Guerillagruppen oder Freiheitskämpfer versuchen, durch politische Terroraktionen das totalitäre Regime zu destabilisieren (Zentralamerika). Militärputsche (Chile) und Aufstände (Kuba, Nicaragua) fallen ebenfalls unter diese Konfliktart. Die bürgerkriegsähnlichen Konflikte werden auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen und führen zu Massenfluchtbewegungen.

- Rassistische, ethnische, religiöse Konflikte: Der Nationalstaatsgedanke ist in den Entwicklungsländern ein noch recht junges Phänomen. Die Formierung der europäischen Nationen zu Staaten dauerte Jahrhunderte, und bis zur zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts war Friede in Europa eher der Ausnahmezustand. In der Dritten Welt sind dagegen die nationalen Grenzen, die staatliche Autorität und die Verwaltungsstruktur nicht gewachsen, sondern von außen importiert oder von den Kolonialherren künstlich "aufgedrückt". Die importierten Strukturen geraten nicht selten in Konflikt mit den traditionellen Verbreitungsgebieten von Clans, Ethnien und religiösen Gruppen. Diese Bevölkerungsgruppen spielen aber im öffentlichen Leben der Entwicklungsländer oft eine wichtige, machtvolle Rolle.

Durch das Bestreben, einen einheitlichen Nationalstaat zu schaffen, werden Minderheiten gewaltsam ausgeschlossen. Flucht ist in vielen Fällen der einzige Ausweg für Angehörige dieser Gruppen. Um eine ethnische bzw. nationale Einheit zu erlangen, wird nicht selten versucht, ganze Völker oder Ethnien auszurotten (Kurden und Armenier in der Türkei, Tutsi und Hutu in Ruanda bzw. Burundi, Indios in Guatemala). Massaker, Zwangsumsiedlung und Vertreibung sind die Mittel dazu. Unter diesen Begriff fallen auch die Diskriminierung und Verfolgung rassischer Mehrheiten (Apartheid in Südafrika).

- Eine speziell in ehemaligen Kolonialstaaten nach der Unabhängigkeit auftretende Konfliktursache sind die von der Kolonialmacht ohne Rücksicht auf bestehende Strukturen vergebenen Privilegien. Kolonialherren pflegten, bestimmte Stämme entweder aufgrund ihrer Bildung² oder ihrer Kenntnisse auf einem bestimmten Gebiet³ zu bevorzugen und ihnen gewisse Privilegien einzuräumen. Dazu kommen die zahlreichen von den USA und der ehemaligen Sowjetunion zur Zeit des Kalten Krieges geschürten Stellvertreterkriege. Beispiele hierfür sind Äthiopien, Angola und Afghanistan. Der Zerfall des Ostblocks und die scheinbare Aus-

² Ein Beispiel hierfür sind die Ibo in Nigeria. Sie wurden früh missioniert, hatten durch ihre Erziehung in Missionsschulen einen Bildungsvorsprung und wurden deshalb von den Briten auch in Gebieten, die mehrheitlich von hamitischsprachigen Haussa bewohnt sind, in der Verwaltung eingesetzt.

³ Die Kolonialherren in Ruanda und Burundi bevorzugten die Minderheit der Tutsi gegenüber den Hutu, da erstere eine Art aristokratische Oberschicht bildeten und ihre viehzüchterische Tradition den Plänen der Kolonialisten entgegenkam.

söhnung zwischen Ost und West haben zwischen den Bürgerkriegsparteien am Horn von Afrika und im Mittleren Osten keinen Frieden gestiftet, mögen auch finanzielle und materielle Unterstützung seitens der Großmächte geringer ausfallen.

Die Konflikte der 80er Jahre standen noch ganz im Zeichen des Kalten Krieges und den Nachwirkungen der Entkolonialisierung. Die internen Konflikte liefen noch in Form revolutionärer Aufstände, nationaler Befreiungskämpfe oder Stellvertreterkriege der Weltmächte ab, oder sie waren zumindest als solche getarnt. Das Fallen der Mauer und im Anschluß daran das Wegfallen des Eisernen Vorhangs bedeuteten das Ende dieser Epoche. Doch wer geglaubt hat, das Ende des Kalten Krieges würde Frieden stiften in der Welt, muß heute feststellen, daß die Entwicklung eher gegenläufig ist. Nachdem die Politmächte des Westens begriffen haben, "... daß der Krieg, aufs Ganze gesehen, kein gutes Geschäft ist," (ENZENSBERGER, 1993), sind sie nur noch äußerst widerwillig bereit, in die überall aufbrechenden lokalen Konflikte einzugreifen. In der Regel tun sie dies nur noch, wenn ihre Interessen unmittelbar betroffen sind. Statt dessen delegieren sie die Probleme an internationale Organisationen. In erster Linie ist die UNO aufgerufen, die Konflikte zu schlichten und zwischen den Parteien zu vermitteln.

Die Konflikte der 90er Jahre haben eine Tendenz zum Anarchismus, in Afrika, Indien, Südostasien und Lateinamerika genauso wie in den auseinandergebrochenen Vielvölkerstaaten im Osten. Die heroischen, von höheren Zielen getriebenen Guerilleros, Freiheitskämpfer, Volksbewegungen, Befreiungsarmeen (wie auch immer sie sich nennen mögen) von einst sind zum bewaffneten Mob, zu marodisierenden Banden geworden, die "... kein Ziel, kein Projekt, keine Idee zusammenhält, sondern eine Strategie, die diesen Namen kaum verdient, denn sie heißt: Raub, Mord und Plünderung" (ebd.).

Die UNO kann bislang die in sie gesteckten Erwartungen kaum erfüllen. Nach dem unerwarteten Ende der sowjetischen Supermacht glaubte die internationale Politik, daß aus der UNO-Vollversammlung - bis dahin oftmals durch das Veto der Sowjetunion gelähmt - letztlich doch noch ein beschluß- und handlungsfähiges Organ werden würde. Die Träume von einer Weltpolizei in Form einer Armee der Blauhelme, welche die Einhaltung der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag notfalls mit Gewalt durchsetzen könnte, und die weltweite Einhaltung der Menschenrechte überwachen könnte, sind jäh geplatzt. Der Süden, nicht mehr zweigeteilt durch die Loyalität gegenüber den "Sponsoren" aus Ost oder West, macht Front gegen den Norden. Die weltweite Vernetzung von Wirtschaft und Medien kettet die Nationen in einer Weltgemeinschaft zusammen, und die Verletzung von Menschenrechten bleibt in keinem Winkel der Erde unentdeckt. so wird die UNO aufmerksam, wenn von irgendeinem Staat Flüchtlingsströme ausgehen, ordnet Untersuchungen an und prangert Folter, Diskriminierung und staatliche Willkür öffentlich an.

Nach den Erfahrungen des Golfkrieges, dem Terror in Somalia, dem verabscheuungswürdigen Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien und den Massakern in Ruanda wollen die westlichen Industrienationen in Zukunft Regime, die die Menschenrechte mißachten, frühzeitig bekämpfen und damit vor allem neue Flüchtlingsströme verhindern. Sie machen Entwicklungshilfe und Handelserleichterungen in zunehmendem Maße von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig und "Vordenker entwerfen bereits Planspiele für Kriege im Namen der Humanität" (ebd.).

Die betroffenen Entwicklungsländer fühlen sich unter Druck gesetzt und wehren sich. Sie beklagen sich über das selbstgerechte und oberlehrhafte Auftreten der Industriestaaten in der Menschenrechtsfrage und protestieren gegen die Benutzung der Menschenrechte als politisches Druckmittel seitens der Völkergemeinschaft. Die Regierungen der islamischen Staaten gehen sogar so weit, die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte in Frage zu stellen. Sie seien eine Phantasie und ein Diktat des Westens, mit der Kultur und dem Menschenbild der islamischen Staaten nicht zu vereinbaren, ließ Irans UNO-Botschafter in Genf, Si-rous Nasser, verlauten. Damit ist ein Kernpunkt des Nord-Süd-Konfliktes klar formuliert: totales Unver-

ständnis zwischen der materialistisch-kapitalistischen Rationalität des Nordens und dem neuerwachenden Fundamentalismus der islamischen Welt, bzw. dem Traditionalismus des Südens.

4.3 Umweltflüchtlinge

Die Umweltflüchtlinge bilden vermutlich die mit Abstand größte Gruppe der "displaced persons" auf der Welt. Nach der Definition von WÖHLCKE (1992, S. 22) sind Umweltflüchtlinge Personen, "... die ihr angestammtes Milieu verlassen, weil ihr Leben aufgrund von natürlichen und/oder anthropogenen Umweltschäden sowie aufgrund von ökologischer Überbelastung durch Überbevölkerung erheblich beeinträchtigt oder gefährdet wurde. Dabei kann es sich um zeitweilige (etwa nach Überschwemmung) oder dauerhafte (als Folge der Desertifikation) Abwanderung handeln." Nach Schätzungen des Internationalen Roten Kreuzes beläuft sich die Zahl der Umweltflüchtlinge weltweit auf eine halbe Milliarde. Bis zum Ende des Jahrzehnts soll die Zahl auf eine ganze Milliarde anwachsen (WÖHLCKE 1992, S. 20). Die folgenden Zahlen sind zwar nur grobe Schätzungen, sie geben aber zumindest einen Eindruck von der Dimension der Problematik.

- Mindestens eine Million Bewohner der Insel Java flohen nach Borneo, Sulawesi und andere Inseln; ihre übernutzten und ausgelaugten Böden boten keine ausreichende Ernährungsgrundlage mehr.
- In Mittelamerika und der Karibik haben Umweltprobleme die Lebensbedingungen der Menschen so sehr beeinträchtigt, daß mehrere Millionen Menschen abwanderten.
- Die größten Wanderungsströme verursachen Umweltprobleme in Afrika südlich der Sahara. Allein die Dürrekatastrophe von 1985 hat über 10 Mio. Menschen aus Äthiopien, Mocambique, dem Sudan und Angola zur Flucht bewogen.

Natürlich ist die Situation meist schon lange vorher angespannt. Auslaugung und Übernutzung der Böden, Abholzung der Wälder zur Brennholzgewinnung, beides eine Folge der wachsenden Bevölkerung, dazu Bürgerkriege und Unterdrückung seitens der Machthaber führen zu einer kontinuierlichen Verschärfung der Lage. Es ist schwer zu sagen, welche Faktoren verschärfend und welche letztlich auslösend wirken.

Wie bereits erwähnt, trifft die offizielle, international gültige Definition auf die Umweltflüchtlinge nicht zu, und sie fallen deshalb auch nicht in den Zuständigkeitsbereich des UNHCR. Um ihre Belange kümmert sich die UNDRO (United Nations Disaster Relief Coordinator), ebenfalls eine Unterorganisation der UN. Wie die Bezeichnung der Organisation schon vermuten läßt, ist sie ausgerichtet auf hin und wieder auftretende natürliche Katastrophen wie Erdbeben, Vulkanausbrüche und sonstige Naturereignisse ohne anthropogene Komponente. Mit der Dimension einer globalen Klimaänderung und deren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in weiten Teilen der Erde ist die Organisation völlig überfordert.

Was die globalen Umweltprobleme - Aufheizung der Atmosphäre, Zerstörung der Ozonschicht, Wasser- und Luftverschmutzung und weltweite Ressourcenverknappung⁴ - betrifft, so tragen die Industrienationen einen Großteil der Verantwortung. Während jedoch die Chancen für eine Selbstkorrektur in den Industrienationen mit ihrem hochpotenten Wissenschafts- und Technologieapparat noch recht gut stehen (wenn sie nur genutzt würden!), nimmt die Entwicklung in den Drittweltländern einen verhängnisvollen Verlauf. Die Kombination von Bevölkerungswachstum und ökonomischer Unterentwicklung führt zu ökologischen Fehlentwicklungen, für deren großräumige und langfristige Selbstkorrektur die Voraussetzungen wohl kaum ausreichen.

⁴ Die Erschöpfung der Rohstoffe trifft die Drittweltstaaten ungleich härter und zeitlich als erste, da sie die Rohstoffe lediglich fördern aber nicht selbst verarbeiten. Sind die Lager erschöpft, verlieren die Menschen in der jeweiligen Region ihre Lebensgrundlage und wandern ab. Sind sie dann als Umwelt- oder als Wirtschaftsflüchtlinge zu bezeichnen?

Als Auslöser von Umweltflüchtlingsströmen kann man unterscheiden:

- natürliche Katastrophen, wie Erdbeben, Stürme, lange Dürreperioden, Erdrutsche, Lawinen, Brände durch Blitzschlag oder Selbstentzündung, Vulkanausbrüche und dergleichen;
- anthropogen induzierte Naturkatastrophen (oder solche, die zumindest eine anthropogene Komponente enthalten), wie die nachhaltige Zerstörung von Acker- und Weideflächen, gehäuftes Auftreten von Überschwemmungen, Erdrutschen, Lawinen und Waldbränden als direkte oder indirekte Folge menschlichen Handelns;
- Verknappung der Ressourcen und andere Arten von Schädigungen, wie die Zerstörung durch militärische Aktivitäten, Umweltverschmutzung, Verdrängungsprozesse im Kampf um knappe Ressourcen etc.

Das größte Problem stellt ohne Zweifel die Überbevölkerung dar. Sie führt zur Ausbeutung der lebenden Ressourcen (z.B. Überfischung), zu Abholzung um den steigenden Brennholzbedarf zu decken, zu Brandrodung um zusätzliche Acker- und Weideflächen zu schaffen, zu Aufstockung der Vieherden und folglich zu Überweidung, zu fortschreitender Zersiedlung und Überbauung und zu Verbrauch fossilen Grundwassers.

5 Die Haupt-Wanderungsströme

5.1 Die Süd-Süd-Migration

Die Flüchtlingsströme verlaufen überwiegend in Süd-Süd-Richtung, und 90% der Migranten bleiben auch in einem Drittweltstaat, in der Regel in einem ihrem Heimatland benachbarten Staat. Nur einer von zehn Flüchtlingen gelangt in ein Industrieland, die sogenannten "Zweit- und Drittasylländer", und obwohl sich Europa von Flüchtlingsströmen geradezu überrannt fühlt, nehmen wir im Vergleich zu den Drittweltstaaten nur einen sehr kleinen Teil auf, wie Abbildung 3 veranschaulicht.

Eine besondere Bedeutung kommt in den Entwicklungsländern der Binnenmigration zu, welche in

Form einer Land-Stadt-Wanderung in der Regel der grenzüberschreitenden Migration vorgelagert ist. Die Verstädterung, oder besser die krankhafte Wucherung der Großstädte, hat die Auflösung gesellschaftlicher Bindungen und der sozialen Kontrolle zur Folge. Dies sind weitere Vorbedingungen für die geographische

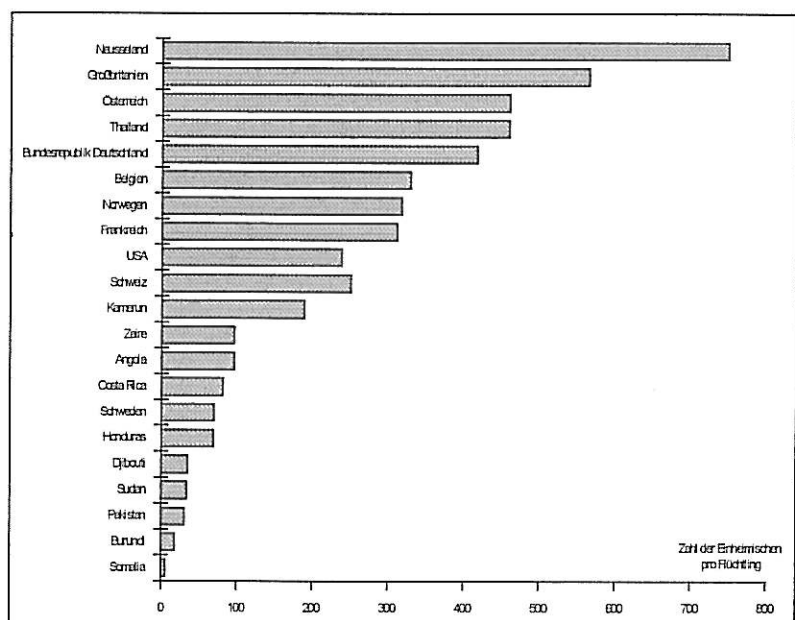


Abb. 3: Zahl der "Einheimischen" pro Flüchtling in ausgewählten Staaten, 1986/87. Quelle: UNHCR-Statistik und Weltbank.

Mobilität. "Die Schwächung der Bindungen und die Abnahme der sozialen Kontrolle [durch die periphere zentrale Binnenwanderung] sind weitere Vorbedingungen geographischer Mobilität, die dann ihrerseits wiederum dazu führt, daß die Stränge der Übermittlung statischer Strukturen und der mit ihnen verknüpften Werte und Normen geschwächt oder zerschnitten werden, was wiederum die Migrationsbereitschaft verstärkt" (HOFFMANN-NOWOTNY, S.62). Der einmal in Gang gekommene Prozess scheint sich also selbst zu verstärken.

5.1.1 Die Situation in den Kernzonen des Flüchtlingsproblems

Die Flüchtlingszahlen konzentrieren sich oft auf wenige große Gruppen. In Asien stellen zwei Millionen Palästinenser im Nahen Osten und fünf bis sechs Millionen Afghanen in Pakistan und im Iran die größten Gruppen. In Afrika konzentrieren sich die Flüchtlinge am Horn von Afrika. Im Sudan leben 1,1 Mio, 700.000 sind es in Somalia. In Südafrika verteilen sich 700.000 Flüchtlinge aus Mocambique auf die Nachbarstaaten. In Mittelamerika stammen die größten Flüchtlingsgruppen aus Guatemala, Nicaragua und El Salvador, die in den Nachbarländern, in Mexiko, den USA und Kanada Aufnahme fanden.

Afrika

Bis heute ist es nicht möglich, scharfe Grenzen zwischen Nomadentum, freiwilliger Landsuche und Zwangswanderungen zu ziehen. Die heutigen Massenfluchterscheinungen setzten jedoch erst mit der Bildung von Nationalstaaten durch die Kolonialherren und der späteren Entkolonialisierung ein. Auf der Berliner Kongokonferenz von 1888/89 wurden die heutigen Staaten auf dem Verhandlungstisch und auf dem Reißbrett geschaffen. Diese willkürliche Grenzziehung, die unterschiedlichste Völker zu künstlichen Nationen zusammenschloß, andere durch zum Teil mit dem Lineal gezogene Grenzen auseinanderriß, gibt bis heute immer wieder Anlaß zu kriegesischen Auseinandersetzungen. Die Kunstgebilde der Kolonialgeschichte zusammenzuhalten kostet Millionen Menschen das Leben und behindert den Fortschritt in Afrika. Die Demokratisierungswelle vor vier Jahren, die zahlreiche afrikanische Staaten erfaßte, konnte die in sie gesteckten Erwartungen nicht erfüllen. Die alten "Kleptokratien" sind weitgehend unbeschädigt davongekommen. Die Einführung des Mehrparteiensystems hat den erhofften Durchbruch zu Frieden und Freiheit nicht gebracht (denn von demokratischen Wahlen alleine wird ein Volk nunmal nicht satt). Im Gegenteil, die zwei Dutzend Demokratien unter den 52 Staaten Afrikas haben in den vergangenen Jahren an Stabilität verloren⁵. In rund einem weiteren Dutzend Kriesenstaaten ist die Regierungsgewalt auf die jeweilige Hauptstadt und ihre Umgebung begrenzt. Neben der Überbevölkerung als primäre Konflikursache spielt nach Meinung des nigerianischen Schriftstellers Wole Soyinka (Literatur-Nobelpreisträger 1986) die Machtgier einzelner Führer afrikanischer Staaten eine Hauptrolle. Sie mißbrauchen ethnische und religiöse Unterschiede als Waffen in ihrem persönlichen Machtkampf. Zu diesem Zweck werden zum Teil längst in Vergessenheit geratene Gegensätze hochgeputscht, und das führt laut Soyinka zu Bürgerkriegen unter Menschen, die nicht selten über Generationen friedlich zusammengelebt haben. Die Flüchtlingsbewegungen in Afrika sind zur besseren Übersicht in Karte 2 im Anhang gesondert dargestellt.

⁵ In den Staaten Somalia, Liberia, Angola, Mosambique, Sierra Leone und im Südsudan sind die staatlichen Strukturen weitgehend aufgelöst, d.h. Verwaltung, Bildungswesen und Wirtschaft funktionieren nicht mehr. In Somalia hängt über die Hälfte der Bevölkerung am Tropf ausländischer Hilfsorganisationen.

Asien

Die Problemzonen in Asien konzentrieren sich auf den Nahen Osten, den Mittleren Osten und Südostasien. Die ersten massiven Bevölkerungsbewegungen setzten auch in Asien mit der Entkolonialisierung ein. Durch die Teilung von Britisch-Indien 1947 in Pakistan und Indien wurde noch im selben Jahr der vermutlich größte Flüchtlingsstreck seit Menschengedenken ausgelöst. In einer 75 km langen Menschenschlange verließen 800.000 Hindus und Sikhs den mehrheitlich islamischen Staat Pakistan. In umgekehrter Richtung verließen eine halbe Million Muslime das mehrheitlich von Hindus bevölkerte Indien. Insgesamt soll die Teilung in jenen Jahren 14 Mio. zur Flucht bewogen haben.

Ähnliches spielte sich in anderen Staaten Asiens ab, die in den folgenden Jahren ebenfalls geteilt wurden. Hierzu zählen Palästina 1948, China/Taiwan 1949, Korea 1943 und Vietnam 1954. All diese Staaten sind seither nicht mehr zur Ruhe gekommen. Man denke nur an die Probleme des Moslemstaates Pakistan.

Lateinamerika

Seit Kolumbus bis in unsere Tage bot Amerika Zuflucht für Auswanderer ebenso wie für Verfolgte. Auch Lateinamerika ist im 19. Jh. für Millionen von Einwanderern, hauptsächlich aus Europa, zu einer neuen Heimat geworden. Massenfluchtbewegungen sind in Lateinamerika eine Erscheinung, die erst in den 70er Jahren auftrat. Die Fluchtbewegungen, welche die kubanische Revolution 1959 auslöste, war anderen Diktatoren zwar eine Warnung und ließ sie ihre Verfolgungsmethoden verschärfen, aber zum Alltagsphänomen wurde die Massenflucht erst, als die oppositionellen Gruppen begannen, sich zu bewaffnen und sich militärisch zu organisieren. Die Machthaber konterten, unter Berufung auf die nationale Sicherheit, mit Unterdrückung und Verfolgung politischer Gegner in immer brutalerer Weise. Die ersten Opfer waren politisch engagierte Intellektuelle, die flohen, oder zwangsexiliert wurden. Anfang der 70er Jahre jedoch wurde das Massenfluchtphänomen auch in Lateinamerika zur Alltagsrealität. Den Auftakt zu dieser unheilvollen Entwicklung bildeten das Terrorregime auf Haiti, der Militärputsch in Chile 1973 und schließlich die sich zuspitzenden Guerilla- und Bürgerkriege. Am stärksten betroffen ist Mittelamerika; mehrere Hunderttausend flohen in den 80er Jahren aus Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Aufnahmeland waren in erster Linie die Nachbarstaaten.

Die Großmächte hatten immer ein begründetes Interesse daran, einen Stützpunkt im "Hinterhof" Amerikas zu haben. Die USA und die ehemalige Sowjetunion machten sich zum Partner unzähliger Diktatoren. In diesem Zusammenhang tragen die Vereinigten Staaten als wirtschaftliche Herrscher über die "Bananenrepubliken" einen Teil der Verantwortung.

5.2 Die Süd-Nord-Migration

Bis vor einigen Jahrzehnten beschränkten sich die Bevölkerungsbewegungen in der Dritten Welt auf den Süd-Süd-Austausch. Der Entkolonialisierung folgte eine Abwanderung aus den ehemaligen Kolonien in das jeweilige Mutterland (v.a. Großbritannien, Frankreich und Holland). Dadurch wurden nicht nur Auffangpositionen für nachkommende Migranten geschaffen, die Mutterländer sahen sich auch gezwungen, eine rechtliche Regelung für die Immigranten zu schaffen. Hierin liegt also eine Art Initialzündung für die Süd-Nord-Migration. Während die Nord-Süd-Wanderung bereits in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts stark zurückging⁶, hat die Attraktivität der Industrieländer aus der Sicht der Entwicklungsländer stark zugenom-

⁶ Seitdem es in den Industriestaaten gelungen war, grundlegende soziale, politische und wirtschaftliche Probleme zu lösen, haben die ehemaligen Kolonien ihre Attraktivität für Europäer verloren.

men. Die Sogwirkung der liberalen und wohlhabenden Gesellschaften führte bald dazu, daß auch Industriestaaten, die keine Kolonien hatten⁷ (wie die USA, Schweden und Deutschland) einen wachsenden Migrationsdruck zu spüren bekamen.

5.2.1 Ursachen der Süd-Nord-Migration

Die Ursachen für die Richtungsänderung eines Teils des süd-süd-gerichteten Wanderungsstroms liegen auf der Hand. Der Sogwirkung der westlichen Industriestaaten kommt dabei eine bedeutende Rolle zu. Die weltweite Verbreitung der Massenmedien hat dafür gesorgt, daß heute selbst in den ärmlichsten Hütten in den entlegensten Winkeln der Erde ein Fernsehgerät steht. Die "Hardware" wird von den Rundfunk- und Fernsehanstalten der Industriestaaten unter dem "Decknamen" Entwicklungshilfe geliefert. Gratis versteht sich, sofern die zugehörige "Software", sprich die Programme, ebenfalls aus den Industriestaaten übernommen werden. Auch das gesamte Bildungswesen ist von den Anfängen der Missionsschulen bis zu den heutigen Universitäten von den Industriestaaten importiert, was entscheidend dazu beiträgt, daß die Bevölkerungen der Entwicklungsländer die Welt mit den Augen der wohlhabenden Weißen kennenlernen, ihre Werte und Normen übernehmen und ein Leben nach westlichem Vorbild anstreben. Schließlich trägt auch der Fernreisetourismus seinen Teil dazu bei, das Bild des paradiesischen Nordens abzurunden.

5.2.2 Auswirkungen und Probleme in den Entsendeländern

Die Einbindung der Drittweltländer in das Weltwirtschaftssystem und die Entwicklungshilfe, die allein technischen und sozialen Fortschritt nach dem Vorbild der Industriestaaten als Entwicklung anerkennt, hat einen sozialen Dualismus hervorgebracht, der zunehmend zum Konfliktpotential in den Entwicklungsländern wird. Das traditionelle und das moderne Sozialsystem existieren weitgehend unverbunden nebeneinander her. Die traditionelle Gesellschaft, die den weitaus größten Teil der Bevölkerung umfaßt, ist v.a. gekennzeichnet durch die große Bedeutung von Religion und Familie. Dagegen hat die Elite das aus den westlichen Industriestaaten importierte Sozialsystem übernommen. D.h. die Angehörigen dieser Schicht sind aktiv, rational, gewinn-, erfolgs- und aufstiegsorientiert. In einigen Ländern kommt es zu Spannungen bis hin zu kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen den Bevölkerungsgruppen (z.B. Algerien, Afghanistan, Iran, Türkei, Ägypten). Diese duale Bevölkerungsstruktur setzt sich auch in den Migrantengruppen fort. Der eine Migrantengruppe setzt sich zusammen aus Angehörigen der Bildungselite. Diese Menschen wandern ab, weil sich ihnen in ihrer Heimat keine Zukunftsperspektive bietet, die ihren Fähigkeiten entspricht.

Die Abwanderung der Bildungselite wird als sogenannter "brain-drain" bezeichnet und wird von den Industriestaaten nach Kräften gefördert. Abbildung 4 zeigt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Staaten der Erde. Man erkennt, daß viele Entwicklungsländer zwar einen großen Fortschritt im sozialen Entwicklungsstand (in erster Linie Bildung und medizinische Versorgung) zu verzeichnen haben, der wirtschaftliche Entwicklungsstand jedoch stagniert oder sogar sinkt. Wachsender "brain-drain" ist eine Folge dieser einseitigen Entwicklung. Die andere Gruppe rekrutiert sich aus der verarmten Bevölkerung. Die Wanderung dieser Elendsflüchtlinge, die bei uns als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet werden, wird von den Industriestaaten mit aller Macht unterdrückt. Nachteile der Migration für die Entsendeländer sind:

⁷ Bzw. ihre Kolonien seit langem aufgegeben hatte.

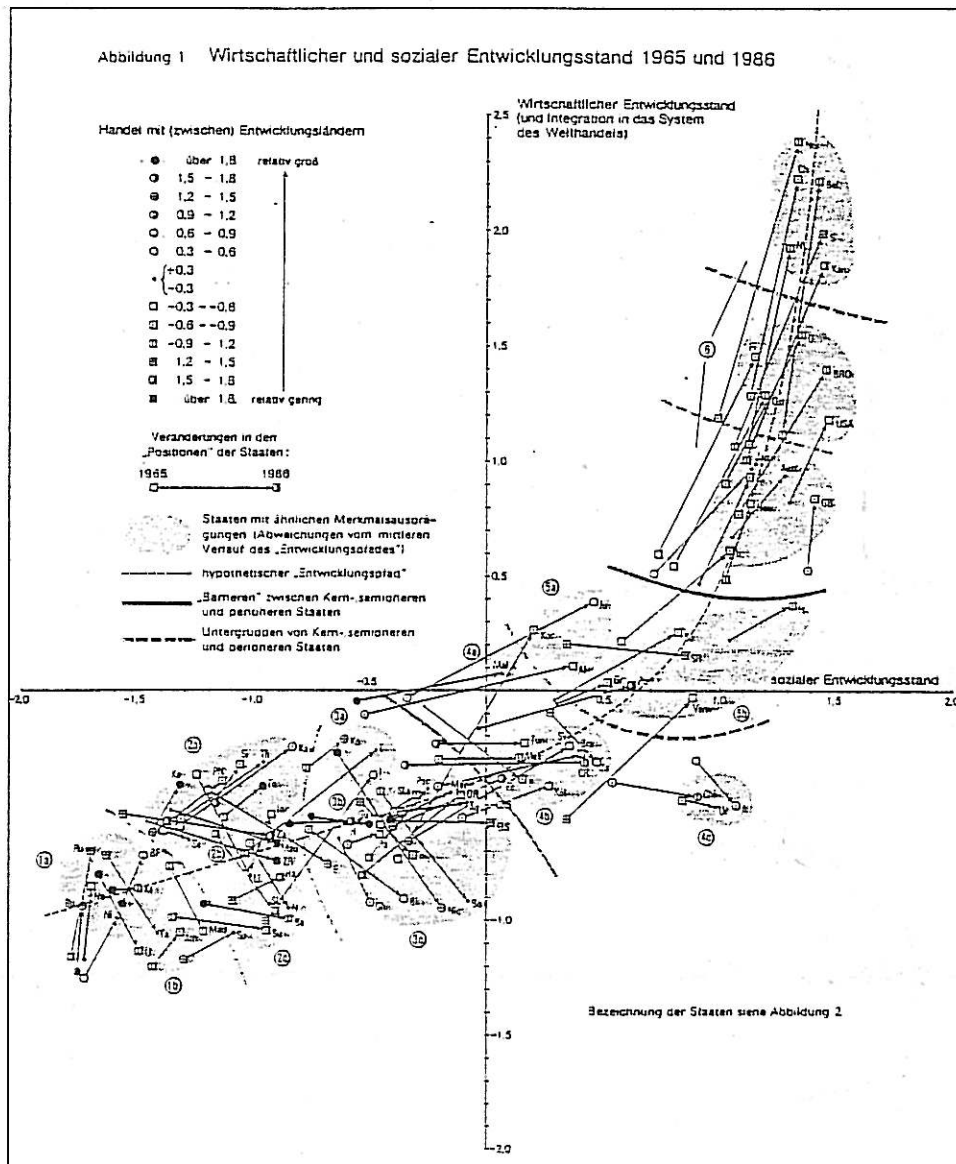


Abb. 4: J. STEINBACH. Wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsstand in den Staaten der Erde. In: Mitteilungen der Österreichischen geographischen Gesellschaft, 133. Jg., Wien 1991.

- Die hohe Aufnahmekapazität der Binnenmärkte für lokale und regionale Produkte wird durch die Arbeitskräftewanderung geschwächt.
- Die Migration schwächt die Widerstandskräfte, die auf eine Änderung der feudalen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse drängen. Die Veränderung dieser Systeme ist aber für eine Weiterentwicklung unerlässlich.
- Die gesellschaftlichen Grundprobleme der Entsendestaaten werden externalisiert statt gelöst. Um ihre Lage zu verbessern, benötigen die Entwicklungsländer eine effektive, funktionstüchtige Landwirtschaft, die die einheimische Bevölkerung ernähren kann und eine auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Industrie. Bei den Sektoren werden aber durch Migration bevorzugt die innovativen und qualifizierten Arbeitskräfte entzogen, also jene Personen, die die erforderlichen Reformen durchsetzen und mittragen könnten.

5.2.3 Auswirkungen und Probleme in den Aufnahmeländern

Oft werden sämtliche Aufnahmeländer, ob es sich um Drittwellstaaten oder um Industrieländer handelt, alle über einen Kamm geschert. Ein Vergleich der Statistik zeigt, daß die "reichen" Industriestaaten rein nach Zahlen geurteilt nur einen verschwindend geringen Teil der Gesamtzahl der Flüchtlinge aufnehmen, während Drittwellstaaten, die nicht mal ihre eigene Bevölkerung ernähren können, nicht selten Hunderttausende von Flüchtlingen aus ihren Nachbarstaaten "beherbergen". Den Industriestaaten wird ihr restriktives Verhalten in der Asylpolitik oft zum Vorwurf gemacht, dagegen wird die sehr liberale und großzügige Flüchtlingspolitik der Drittwellstaaten als vorbildhaft gelobt. Die bloßen Zahlen der jeweils aufgenommenen Flüchtlinge sind aber nicht direkt vergleichbar. Vielmehr muß berücksichtigt werden, welche Kosten ein Flüchtling der Volkswirtschaft des jeweiligen Aufnahmelandes verursacht. Ein Asylbewerber verursacht nach Angaben des Bundesministerium des Innern jährlich Kosten von rund 15.000 DM⁸. Ein Flüchtling in Kenia beispielsweise beansprucht dagegen lediglich einige m² Fläche in einem Flüchtlingslager und wird durch die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen am Leben gehalten, wobei es den Flüchtlingen in den Lagern in manchen Fällen rein materiell betrachtet besser geht als den Einheimischen außerhalb der Lager. Nicht selten kommt es daher zu Überfällen Einheimischer auf die Flüchtlingslager. Die jeweiligen Regierungen profitieren von finanziellen Zuschüssen für die Flüchtlingsversorgung seitens der UNO (wobei zu bezweifeln ist, ob alle Gelder tatsächlich für diesen Zweck eingesetzt werden), betreiben positive Imagepflege vor der Weltöffentlichkeit und sparen obendrein die Kosten für Grenzkontrollen, die notwendig wären, um illegale Grenzübertritte zu verhindern.

Ein weiteres Problem liegt darin, daß einige Schwellen- und Entwicklungsländer weder daran interessiert sind, das Bevölkerungswachstum zu reduzieren, noch ihren Bevölkerungsdruck durch Migration zu erleichtern. Sie versuchen im Gegenteil sogar die Migration zu verhindern und die Rückkehr der Migranten zu fördern, wie dies beispielsweise in Algerien und zeitweise auch im ehemaligen Jugoslawien der Fall war. Zugrunde liegen diesem Verhalten oft militärische Anliegen. Eine schlagkräftige Armee will mit ausreichend Soldaten versorgt sein, um im machtpolitischen Kampf zwischen den Staaten bestehen zu können. Die Staatsbildung ist in den Ländern der Dritten Welt oft ein blutiger, von Nationalismus geprägter Prozeß und ein militärisch hinter den Nachbarstaaten zurückgebliebener Staat reizt zu militärischen Übergriffen. Eine nicht unbedeutende Rolle spielt auch das Interesse der Industrie, die aus einem großen Reservoir an Arbeitskräften schöpfen will, nicht zuletzt um das Lohnniveau niedrig zu halten.

Asylpolitik

Anfang der 80er Jahre wurden in fast allen westeuropäischen Ländern Gesetze zur Eindämmung der Asylbewerberzahlen erlassen. Die Einreise wurde erschwert durch Ausdehnung der Visapflicht und durch Sanktionen gegen Fluggesellschaften und Reedereien, die Passagiere ohne Visa oder Reisepapiere befördern. Solche Maßnahmen, die den Zugang zum jeweiligen Staatsgebiet einschränken, zählen zu den Präventivmaßnahmen⁹. Bestimmungen, die den Aufenthalt des Asylbewerbers nach der Einreise erschweren, zählen zu den Abschreckungsmaßnahmen. Beispiele hierfür sind mehrjährige Arbeitsverbote, Verpflichtung zu Arbeit gegen geringe Bezahlung oder das Verbot, Sprachkurse zu belegen. Nach der Entwicklung der Asylbewerberzahlen in Europa von 1977 bis 1987 zu schließen, waren all diese Maßnahmen wenig erfolg-

⁸ Nach Schätzungen des BMI belaufen sich die durchschnittlichen Gesamtkosten eines Asylbewerbers auf 15.000 bis 15.500 DM pro Jahr. Davon entfallen 8.000 bis 8.500 DM auf Sozialhilfeaufwendungen und 7.000 DM auf behördliche Infrastruktur und Wohngeld.

⁹ Daneben sind sie auch Ausdruck der Souveränität eines Staates.

reich (siehe Abbildung 5). Auch die jüngste Reform des Asylgesetzes in Deutschland zeigt bislang nicht die erhoffte Wirkung. Die Abschreckungsmaßnahmen bewirken zwar, daß die Zahl der Asylbewerber um die Hälfte zurückgegangen ist, vermutlich aber die Zahl der illegalen Grenzübertritte entsprechend gestiegen ist. Allein im vergangenen Jahr wurden ca. 50.000 illegale Grenzgänger aufgegriffen. Die Zahl der auf diesem Wege erfolgreich "eingereisten" Personen wird auf 250.000 geschätzt. Ein Hauptproblem liegt darin, daß die sogenannte Drittstaatenregelung nicht funktioniert. Der größte Teil der illegalen Migranten reist über Polen ein und soll nach den neuen Vereinbarungen sofort wieder in das Erstasyl Land zurückgeschickt werden. Die polnischen Behörden verlangen jedoch einen Beweis dafür, daß die Einreise über polnisches Staatsgebiet erfolgte. Entsprechende Stempel in den Reisepapieren gibt es jedoch nicht, da die polnischen Grenzbehörden angehalten sind, die Pässe von Asylsuchenden nicht mehr zu stempeln. Zudem vernichten viele Flüchtlinge ihre Reisepapiere, um einer Abschiebung zu entgehen. Werden sie dennoch ins Land des Erstasyls abgeschoben, wird der Versuch, die Grenze unentdeckt zu passieren, für gewöhnlich so lange wiederholt, bis er zum Erfolg führt. Auch das beschleunigte Asylverfahren hat die Lage kaum entschärft, da rund 75% der nicht-erkannten Asylbewerber vor ihrer Abschiebung untertauchen. Die Schilderung soll lediglich aufzeigen, welches Konfliktpotential sich durch die Asylproblematik neben den internen Problemen auch zwischen den europäischen Staaten aufbaut.

Schätzungsweise werden in mindestens 100 der 179 Staaten der Erde die individuellen Menschenrechte und die Rechte politischer, religiöser, ethnischer und sozialer Gruppen grob verletzt. Die von den westeuropäischen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Verringerung der Asylbewerberzahlen setzen also nicht an den Ursachen an und haben deshalb nicht die gewünschte Wirkung.

Integrationsprobleme

Die Integrationsfähigkeit ist stark altersabhängig. Je weiter die von der heimischen Kultur geprägte Persönlichkeitsbildung des Migranten bei seiner Ankunft fortgeschritten ist, desto geringer ist die Fähigkeit, sich in die neue Kultur auf ökonomischer, sozialer und psychischer Ebene einzufinden. Am offensichtlichsten wird die Altersabhängigkeit beim Erlernen der Sprache, und wer die Sprache des Aufnahmelandes nicht erlernt, bleibt isoliert. Auch die Chance auf eine Berufsausbildung oder einen Arbeitsplatz sinkt mit steigendem Alter. Daneben haben klinische Untersuchungen gezeigt, daß länder- und kulturübergreifende Migration psychisch destabilisierend und nicht selten traumatisierend wirkt. Studien in Norwegen und den USA haben ergeben, daß Flüchtlinge vier mal häufiger klinisch signifikante psychische Störungssymptome aufweisen als "Normalbürger". Migration wirkt nicht nur psychisch sondern auch sozial destabilisierend. Dies zeigt sich in Ehe- und Generationskonflikten am deutlichsten; althergebrachte kulturelle Werte und neu angeeignete Verhaltensweisen geben eine nicht selten explosive Mischung.

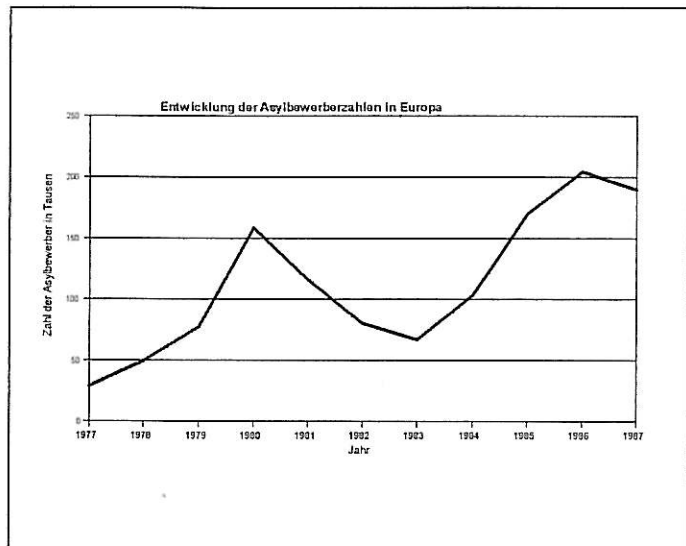


Abb. 5. Entwicklung der Asylbewerberzahlen in Europa von 1977 bis 1987. Datenquelle: JAEGER, S. 37.

Ausländerfeindlichkeit

Bis in die 70er Jahre wurden Arbeitsmigranten und Flüchtlinge bereitwilliger in den westeuropäischen Gesellschaften aufgenommen. Dies hatte mehrere Gründe:

- Die Teilung Europas in Ost und West wollte verarbeitet werden.
- Die Aufnahme von Ost-Flüchtlingen war ein Zeichen der Parteinahme gegen die totalitären, kommunistischen Regime zur Zeit des Kalten Krieges. Die zum Teil auf abenteuerliche Weise geflohenen Intellektuellen und Querdenker der östlichen Diktaturen ließen sich gut für antikommunistische "Propaganda" einsetzen. Auch hier wurde auf eine Weise politischer Mißbrauch von Flüchtlingen betrieben. Sie waren der "lebende Beweis" für die restriktiven sozialen und politischen Verhältnisse in den sozialistisch regierten Ländern.
- Die Bedrohung, der die Flüchtlinge jener Zeit zu entgehen suchten, lag in der unmittelbaren Nachbarschaft und machte deshalb betroffen.
- Dem Arbeitsmarkt kamen die Flüchtlinge und Arbeitsmigranten sehr gelegen.
- Die Migranten entstammten einer verwandten Kultur und waren sehr assimilationswillig.
- Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, wo große Flüchtlingsströme von westeuropäischen Ländern ausgingen und Aufnahme in aller Welt fanden, stellten eine Art moralische Verpflichtung diesen neuen Flüchtlingen gegenüber dar. Teilweise trug auch ein schlechtes Gewissen zur liberalen Asylpolitik bei, die in diesem Fall ein Stück Vergangenheitsbewältigung darstellte. Dies trifft vor allem auf die Schweiz zu, die zur Zeit des Dritten Reiches eine "Das Boot ist voll"-Asylpolitik betrieben hatte.

All dies zeigt, daß es ungleich einfacher war, zu diesen Fremden eine Brücke zu schlagen. Zudem handelte es sich jeweils um Fälle individueller Verfolgung, an denen sich das traditionelle humanitäre Recht noch heute orientiert. Seit den 70er Jahren hat sich die Situation vollkommen geändert: Statt mit oft intellektuellen Widerstandskämpfern haben wir es seither in zunehmendem Maße mit Flüchtlingsgruppen zu tun. Die individuelle Verfolgung ist in den Hintergrund getreten, und an ihre Stelle ist die "kollektive Benachteiligung und Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, politischen oder sonstigen Gruppe [getreten]...(LINDER 1993, S. 148). Die heutigen Migrationsbewegungen haben ein anderes Ursachenspektrum, und die Herkunftsländer der Flüchtlinge haben sich entsprechend verlagert. Die Bevölkerung in den Industriestaaten nimmt die Flüchtlinge aus der Dritten Welt vollkommen anders wahr; die Einzelschicksale - die uns durchaus nahe gehen - werden durch die enorme Zahl der Betroffenen in unseren Augen relativiert und "normalisiert". Ihre Sprache und Kultur und ihre politischen und sozialen Verhältnisse sind uns so fremd, daß es schon schwer fällt, auch nur gedanklich Brücken zu schlagen. Schon deshalb sollten die Flüchtlingszahlen, die die einzelnen Staaten aufnehmen, nicht direkt verglichen werden. Aus teilweise denselben Gründen, die in Westeuropa dazu geführt haben, daß die Millionen von "displaced persons" nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichsweise problemlos eingegliedert wurden, fällt es den Dritt-weltstaaten scheinbar weniger schwer, große Flüchtlingszahlen aus den Nachbarländern aufzunehmen, nicht selten handelt es sich sogar um Stammesverwandte.

Ein weiteres drängendes Problem, das im Zusammenhang mit dem Migrationsproblem gesehen werden muß, ist die weltweit erreichte ökologische Tragfähigkeit der Erde. Während in den hochindustrialisierten Staaten die Grenzen des Wachstums aufgrund der Konsumexplosion erreicht wenn nicht bereits überschritten sind, so ist es in den Entwicklungsländern die Bevölkerungsexplosion, die zum Erreichen dieser Grenzen geführt hat. Zersiedlung, Überkonsum, Dichtestress und Umweltbelastung nehmen in den ausschließlich auf Wachstum ausgerichteten Industriestaaten auch ohne Immigration laufend zu. Das wachsende Bewußtsein, daß jeder weitere Bürger Wohnraum beansprucht, Wasser verbraucht, Auto fährt und Abfall produziert, gibt den Bewohnern der von Wanderungsströmen "heimgesuchten" Staaten zunehmend das Gefühl,

daß "das Boot voll ist". Deshalb stellen Immigranten für weite Teile der Bevölkerung ein Bedrohungs- und Konfliktpotential dar.

Beim Thema Fremdenfeindlichkeit in den Aufnahmeländern stellt sich des weiteren die Frage, warum die abweisende Haltung gegenüber Ausländern in erster Linie in den unteren sozialen Schichten verbreitet ist. Eine Hauptursache hierfür liegt in den segregierten Arbeits- und Wohnungsmärkten. Immigranten nehmen auf dem Arbeitsmarkt vorwiegend niedrige Beschäftigungspositionen ein. Dadurch besteht nicht nur die Gefahr sinkender Löhne, sondern es droht den Nachfragern der unteren Segmente des Arbeitsmarktes bei schwacher Konjunkturlage eher Arbeitslosigkeit, als den Qualifizierten. Letztere wollen Betriebe in der Regel langfristig an sich binden, da sie nur schwer zu ersetzen sind. Geringqualifizierte sind beliebig austauschbar und jederzeit in beliebiger "Stückzahl" zu bekommen. Die Einheimischen im "sozialen Unten" nehmen Immigranten deshalb eher als Konkurrenz wahr, nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch auf dem Wohnungsmarkt. Die steigende Nachfrage nach Billigunterkünften führt zu Mietzinssteigerungen auf diesem Wohnungsmarktsegment. Nicht zuletzt sind es die Angehörigen der unteren sozialen Schichten, die wirklich verbindlich, d.h. im Betriebs-, Schul- und Wohnalltag mit ausländischen Mitbürgern konfrontiert sind, wo eher Interessens- und Wertkonflikte auftreten. Der Zugang zu den gebildeten Schichten ist den Ausländern größtenteils durch Qualifikations- und Sprachbarrieren versperrt, und so sind die Mittel- und Oberschicht vor unerwünschter Konkurrenz besser geschützt. Im Gegenteil; Immigranten sind für Unternehmer, Haus- und Geschäftseigentümer primär billige Arbeitskräfte, neue Mieter und Kunden. Ärzte, Juristen und Sozialarbeiter sehen in ihnen hauptsächlich zusätzliche Patienten und Klienten. Die vergleichsweise weltoffene Haltung der Mittel- und Oberschichtangehörigen ist durch greifbare Einkommenszuwächse, welche auf die Immigranten zurückgehen, mitbegründet. Es ist offensichtlich, daß die Unterschicht weniger von Immigranten profitiert, dagegen umso mehr Kosten der Immigration zu tragen hat.

5.3 Ost-West-Migration

5.3.1 Die Situation vor und nach der Wende

Zwischen 1946 und 1989 sind insgesamt rund 10 Mio. Menschen aus Osteuropa in den Westen übergesiedelt bzw. geflohen. Allein aus der ehemaligen DDR waren es 4 Mio., aus der ehemaligen Tschechoslowakei und aus Polen waren es je 2 Mio. und je ca. 200.000 bis 400.000 aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien (STRAUBHAAR 1993, S. 94).

Mit Ausnahme von Polen und Ungarn, die auch vor der "Wende" relativ problemlos ins Ausland reisen konnten, wurden die Grenzen in Richtung Westen für die übrigen osteuropäischen Staaten erst mit dem Zusammenbruch der damaligen DDR im Herbst 1989 und vor allem nach der Verabschiedung des liberalen sowjetischen Reisegesetzes im Mai 1991 offen. Die Folge war ein regelrechter Massenansturm von Besuchern (sowohl legalen als auch illegalen), die zum Teil für immer in Westeuropa bleiben wollten, oder zumindest einen längeren (Arbeits-)Aufenthalt planten. Dazu kamen die Massenflucht aus Albanien, die um die Jahreswende 1990/91 einsetzte, und die Migrationsbewegungen innerhalb der Vielvölkerstaaten der Sowjetunion und Jugoslawiens. Seit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion im Dezember 1991 fliehen in zunehmendem Maße Russen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken vor Bürgerkriegen und Diskriminie-

rung¹⁰. In der Zeit von 1989 bis 1993 flüchteten rund 1,3 Mio. vorwiegend Russen nach Russland, bis Mitte der 90er Jahre werden weitere 3 Mio. Flüchtlinge erwartet (HARENBERG 1994, S. 381).

5.3.2 Ursachen der gegenwärtigen Ost-West-Wanderung

Die Demokratisierungsbewegung in Osteuropa nach 1989 ging einher mit einem Wiedererwachen des nationalen Bewußtseins. Die Wiedergeburt der osteuropäischen Völker erfolgte mit einer Vehemenz, mit der die übrige Welt nicht gerechnet hatte. Man hatte insgeheim angenommen, der Sozialismus habe nationale Empfindungen nachhaltig verdrängt und auf diese Weise die nationale Frage dauerhaft gelöst. Für die in der Vergangenheit begangenen Fehler und für die in der Übergangszeit auftauchenden Probleme werden "Sündenböcke" benötigt, eine typisch menschliche Art der Vergangenheitsbewältigung. Nicht selten liefern die wiederauflebenden Ressentiments gegen Angehörige anderer Nationalitäten die gesuchten Schuldigen. Die daraus resultierende Diskriminierung ethnischer Minderheiten, die nicht selten bis zur Verweigerung existentieller Menschenrechte führt, weckt bei den Betroffenen den Wunsch, ihre soziale Lage zu verbessern, entweder indem sie in ihre "historische Heimat" abwandern, oder indem sie einen autonomen Staat gründen. Umgekehrt kommt es auch vor, daß nationalistische Regierungen die in ihren Staaten auftretenden Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen einfach durch die Vertreibung der Minderheiten lösen.

Nicht zuletzt bringt die Zugehörigkeit zu einer Minderheit in bestimmten Situationen auch Vorteile. KNABE (1992, S. 14) formuliert dies sehr vorsichtig: "Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Minderheit wird mitunter auch zu dem Zeitpunkt entdeckt oder konstruiert, wenn man sich dadurch Vorteile erhofft, nicht zuletzt erleichterte Bedingungen für vorübergehende Arbeitsaufenthalte oder für die Emigration." Zur Einschätzung des Migrationspotentials werden oft die Zahlen der in den Ländern Osteuropas lebenden ethnischen Minderheiten - in Volkszählungen ermittelt - herangezogen. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß die jeweilige sozioökonomische und kulturelle Situation die Migrationsneigung entscheidend beeinflusst. Da die Haltung der Stammbevölkerung gegenüber Minderheiten stark schwankt, und auch die Politik der osteuropäischen Regierungen sich hinsichtlich der Behandlung von Minderheiten gegenwärtig verändert - nicht zuletzt aufgrund des Drucks, den die internationale Öffentlichkeit ausübt - kann das Migrationsverhalten der Minderheiten in diesen Ländern nur schwer eingeschätzt werden. Hinzu kommt, daß sich das Verhalten der Bevölkerung unter der Wahrung demokratischer Grundsätze nicht mehr so leicht lenken läßt, die Regierungen sich aber vor Polizeieinsätzen bei Aktionen gegen Minderheiten scheuen. In mehreren osteuropäischen Ländern ist der Druck von "Rechts" bereits merklich stärker geworden (siehe die jüngsten politischen Entwicklungen in den GUS).

Um eine gewisse Vorstellung von der Größenordnung der Problematik zu geben, werden in Tabelle 2 die größten Minderheiten in den osteuropäischen Ländern aufgeführt. Die Zahlen geben die Minimal- und Maximalschätzungen der letzten Jahre an.

¹⁰ In den Nachfolgestaaten der alten Sowjetrepubliken, die heute zum Teil der GUS angehören, werden Russen vielfach als ehemalige Besatzer behandelt. Im Baltikum gelten sie als Staatenlose und haben kein Wahlrecht, und in Zentralasien üben islamische Fundamentalisten zunehmend Druck auf die russische Bevölkerung aus.

Land	Minderheit	Min.	Max.
Albanien	Griechen	25.000	500.000
Bulgarien	Türken	700.000	1.250.000
	Zigeuner	450.000	1.000.000
Tschechoslowakei	Zigeuner	400.000	800.000
	Ungarn	590.000	700.000
Ungarn	Zigeuner	35.000	1.000.000
	Deutsche	35.000	200.000
Polen	Deutsche	4.000	2.000.000
	Weißrussen	200.000	400.000
	Ukrainer	150.000	400.000
Rumänien	Zigeuner	200.000	7.000.000
	Ungarn	1.700.000	2.500.000
	Ukrainer	60.000	600.000

Tab. 1: Quelle: KNABE 1992, S. 15.

5.3.3 Zukünftige Entwicklungen

Eine Umfrage der EU Ende 1992 ergab, daß rund 20 Mio. Ost- und Südosteuropäer nach Westeuropa auswandern möchten, allein in Albanien ist jeder zweite ausreisewillig (HARENBERG 1994, S. 233). Speziell für die Zuwanderung nach Deutschland prognostiziert KNABE (1992, S. 3) eine Verschiebung der Proportionen in den kommenden Jahren. Nach seiner Einschätzung wird der Anteil der Deutschen und Juden unter den Zuwanderern gleich bleiben oder zurückgehen, der Anteil von Angehörigen der slawischen Völker und anderer Nationalitäten wird dagegen steigen. Besonders die Zahl der rumänischen und polnischen "Einwanderer" (in der Regel handelt es sich hier um einen zeitlich befristeten Aufenthalt und nicht um definitive Auswanderung) gewinnt zunehmend an Bedeutung. Parallel dazu steigt aber auch die Zahl der Einwanderung nach Rumänien und Polen aus den weiter östlich gelegenen Ländern. Beide Länder sind also selbst auf dem Weg, zu typischen Aufnahmелändern zu werden.

Bei der Aufstellung von Prognosen für das zukünftige Wanderungsverhalten in den osteuropäischen Ländern müssen alle nur denkbaren Szenarien der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Betracht gezogen werden. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß "... der Glaube an das Gute im Menschen,

an die Allgemeingültigkeit von Parametern der Rationalität und Modernität sowie an allgemein menschliche Werte...[der unserem]...modernen Wohlstandsgehirn ..." entspringt, hier oft fehl am Platz ist (KNABE 1992, S. 3). Herrschte in den Jahren 1989 und 1990 noch die Überzeugung, die Reformländer werden durch rasch voranschreitende Demokratisierung und Wirtschaftsreformen bald Anschluß an die westlichen Industrieländer finden, so weiß man mittlerweile, daß mit Phänomenen wie Massenarbeitslosigkeit, Verelendung, Umweltkatastrophen, Zunahme der militanten Konflikte zwischen Ethnien und Bürgerkriegen jederzeit zu rechnen ist. Solche Ereignisse hemmen nicht nur die Demokratisierungsprozesse und den Übergang zur Marktwirtschaft, worüber indirekt die Migrationsbereitschaft erhöht wird, sondern wirken sich auch direkt auf das Wanderungsverhalten aus. Da es voraussichtlich noch mehrere Jahrzehnte dauern wird, bis die erheblichen Unterschiede in Lebensqualität und -standard zwischen Ost- und Westeuropa ausgeglichen sein werden, wird auch die Zuwanderung von Saisonarbeitern, Asylbewerbern und Flüchtlingen, wie auch von illegalen Migranten andauern. Sollten die westeuropäischen Länder Einwanderungsgesetze verabschieden (was auch in der Bundesrepublik bereits wiederholt diskutiert wurde), würde es zusätzlich eine große Zahl von dauerhaften Übersiedlungen geben. Während Regelungen für Saison- und Gastarbeiter, sowie für Einwanderer relativ leicht zu schaffen sind, gestaltet sich die Regulierung der übrigen Kategorien ungleich schwieriger. Um berechnigte von unberechnigten Asylanträgen trennen zu können, muß vor allem die politische Entwicklung in den Ausgangsländern beobachtet werden. Was die Zuwanderung nach Deutschland betrifft, so wird hier auch in den kommenden Jahren die Gruppe der Deutschstämmigen und der Angehörigen von Minderheiten dominieren. Die ausreisewilligen Deutschstämmigen in den GUS-Staaten, in Polen und Rumänien werden, sofern sie sich gute Chancen auf Anerkennung als Spätaussiedler ausrechnen, ihr Vorhaben in den nächsten Jahren verwirklichen. Die Bemühungen der Bundesregierung, mittels Abkommen die ehemals deutschen Verwaltungseinheiten in Rußland und der Ukraine wiederherzustellen, werden die Abwanderungswilligen nicht umstimmen. Auch die Abwanderungstendenzen unter den Angehörigen unterdrückter und diskriminierter Minderheiten werden anhalten. Vor allem Juden und Zigeuner werden verstärkt versuchen, in den Westen und hier auch nach Deutschland zu emigrieren. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß von einer Bevölkerung, die in instabilen Verhältnissen lebt, in der Regel etwa 10% emigrationsanfällig sind. Dies betrifft primär die jüngeren, gesunden und gut ausgebildeten Menschen und damit den aktiveren Teil der Bevölkerung. Befragungen in den osteuropäischen Ländern ergaben teils Quoten, die sowohl unter als auch über dem genannten Wert liegen. Diese Quote und die tatsächlich erfolgende Auswanderung wird in Zukunft hauptsächlich von der wirtschaftlichen Entwicklung in den Ostländern, der Durchlässigkeit der Grenzen und von den Aufnahmechancen und den Lebensbedingungen in den Ländern Westeuropas beeinflusst werden.

6 Zukunftsaussichten

6.1 Bevölkerungsexplosion

Alle Probleme globalen Ausmaßes scheinen sich immer wieder in diesem Punkt zu treffen: Die Menschheit vermehrt sich so rasant, daß sie nicht nur ihre eigene Existenz gefährdet, sondern die gesamte Biosphäre zu zerstören droht. Die Bevölkerungsexplosion im armen Süden zusammen mit der Vergiftung der Biosphäre durch den reichen Norden scheint die Wurzel allen Übels zu sein. Die UNFPA, die Bevölkerungsorganisation der Vereinten Nationen bezeichnet in ihrer jüngsten Studie die Bevölkerungsexplosion als "... die ernsteste Bedrohung der lokalen und globalen Umwelt seit Menschengedenken" (Der Spiegel, 10/1993). Die Horrorszenarien von 12 oder sogar 14 Mrd. Menschen, die größtenteils in riesigen städtischen Slumlandschaften vegetieren, von einer Welt in der das Verbrechen zum alltäglichen Überlebenskampf gehört und Kriege um Wasser und Feuerholz den Normalzustand darstellen, sind nach Meinung des französischen Demographen JEAN-CLAUDE CHESNAIS (ebd.) keine Hirngespinnste, sondern eine Aufforderung, sich ernsthaft mit dem Problem auseinanderzusetzen. Der österreichische Demograph R. MÜNZ nennt es gar eine "demographische Apokalypse" (ebd.), die da auf die Menschheit zukommt. Derzeit nimmt die Welbevölkerung in jeder Sekunde um drei Menschen zu. Das bedeutet, daß zur Jahrtausendwende die Menschheit wieder um 1 Mrd. angewachsen sein wird. Von den 6 Mrd. Menschen, die im Jahr 2000 nach dieser Berechnung die Erde bevölkern sollen, werden etwa 3 Mrd. extrem arm, 1 Mrd. arm, 1 Mrd. gut versorgt und 1 Mrd. wohlhabend sein (WÖHLCKE 1992, S. 31).

Die durchschnittliche Geburtenrate aller Entwicklungsländer ist seit den 70er Jahren rückläufig. Eine Studie der amerikanischen Demographen ROBEY, RUTSTEIN und MORRIS spricht in diesem Zusammenhang von einer Revolution des Fortpflanzungsverhaltens in den Entwicklungsländern. Dennoch steigen die Geburten absolut weiter an, da die Zahl derer, die ins reproduktionsfähige Alter kommen, immer noch zunimmt. Diese demographische Trägheit bedingt, daß trotz der allmählichen Verringerung der Geburtenraten die Geburtenzahl erst im 21. Jh. wieder auf den jetzigen Stand zurückgehen wird.

Die höchsten Bevölkerungszuwächse haben Afrika südlich der Sahara und Asien zu verzeichnen. Das sind auch jene Kontinente, in denen man die größte Anzahl der LDC (Least Developed Countries) und MSDC (Most Sereously defected Countries) antrifft. Jeglicher Fortschritt wird hier durch die rasant steigende Bevölkerungszahl sofort wieder aufgezehrt. In Indien müßten beispielsweise jedes Jahr zusätzlich 127.000 Schulen gebaut, 373.000 Lehrkräfte eingestellt, ca. 4 Mio. Arbeitsplätze geschaffen und mindestens 10 Mio. Tonnen Nahrungsmittel beschafft werden, nur um den momentanen Entwicklungsstand zu halten (Der Spiegel, 10/1993).

Auch die totale Fertilitätsrate ist seit den 70er Jahren rückläufig. So ist sie in Mexiko von 6,2 (1976/77) auf 3,3 (1991) gesunken. In Kolumbien wurde die Fertilitätsrate 1977/78 mit 4,4 angegeben und bis 1990 war sie auf 2,9 gefallen. In Kenia ist über die letzten 15 Jahre (1977/78 - 1993) ein Rückgang von insgesamt 35% registriert worden. Auch andere Länder verzeichnen bemerkenswerte Rückgänge. Peru um fast 50% (1977 - 1991/92), Indonesien um 46% (1971 - 1991) und Marokko um 31% (1980 - 1992). Allerdings ist anzumerken, daß es sich bei diesen Musterbeispielen nicht um LDC oder MSDC handelt, sondern eher um Länder, die sich in Richtung Schwellenländer entwickeln. Die Änderung der Fertilitätsrate aller in dieser Studie untersuchten Länder zeigt Abbildung 6.

Bei den Ursachen für den Rückgang ist zu unterscheiden zwischen direkten und indirekten Einflüssen. Die Demographen DAVIS und BLAKE (Spektrum der Wissenschaft, 2, 1994) schreiben folgenden Faktoren direkten Einfluß auf die Fruchtbarkeit zu:

- der Gebrauch wirksamer Verhütungsmittel
- das Heiratsalter der Frauen
- die empfängnisfreie Zeit nach einer Geburt (i.d.R. die Stillzeit)
- Abtreibungen

Bildung, Beruf, Wohlstand, Wohnort, religiöser Glaube und sozialer Status der Frau zählt JOHN BONGAARTS vom Rat für Bevölkerungsfragen in New York zu den indirekten Faktoren, deren Wirkung auf die Fruchtbarkeit

nicht so einfach festzustellen ist. In Abbildung 7 ist die Beziehung zwischen dem Bildungsniveau der Frauen und der Fertilitätsrate dreier Länder dargestellt. Man bedenke dabei, daß das Bildungsniveau (mit Ausnahme der Religionszugehörigkeit), alle übrigen indirekt wirkenden Faktoren beeinflusst.

Die Ergebnisse dieser Studie geben zwar Anlaß zu Hoffnung, es darf aber nicht vergessen werden, wie lange es dauert, bis die Fertilitätsrate sich auf die absolute Geburtenzahl auswirkt. Die Entwicklung ist kaum zu bremsen, und bis zum Jahr 2050 werden schätzungsweise 10 Mrd. Menschen auf der Erde leben. Das entspricht einer Verdopplung gegenüber heute. Bedenklich ist vor allem, daß 97% dieses Wachstums in den Entwicklungsländern stattfinden wird, wo z.Z. ca. ein Drittel der Bevölkerung jünger als 15 Jahre ist, also nach und nach ins fortpflanzungsfähige Alter kommt. Bereits im Jahr 2025 werden 85% der Weltbevölkerung auf der Südhalbkugel leben, jeder zweite jünger als 20 Jahre und "auf jede Art hungrig." Der Bremer Friedens- und Konfliktforscher DIETER SENGHAAS sieht wenig Aussicht für radikale Reformen, "... uns bleibt somit nichts anderes übrig, als von einer dramatischen Entwicklung in den nächsten 20 Jahren auszugehen" (Der Spiegel, 10/1993).

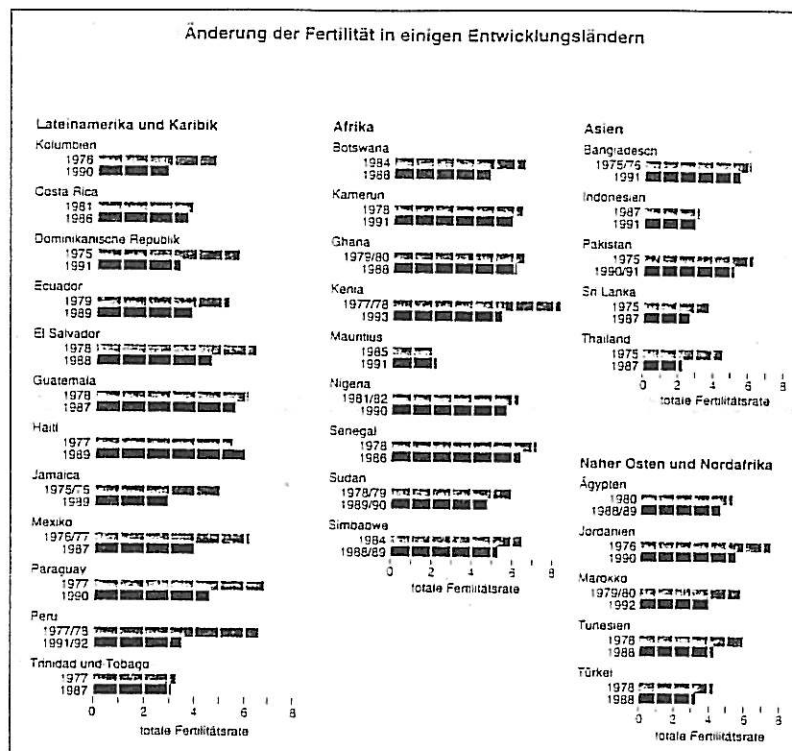


Abb. 6: Quelle: Spektrum der Wissenschaft, 1994, S. 38.

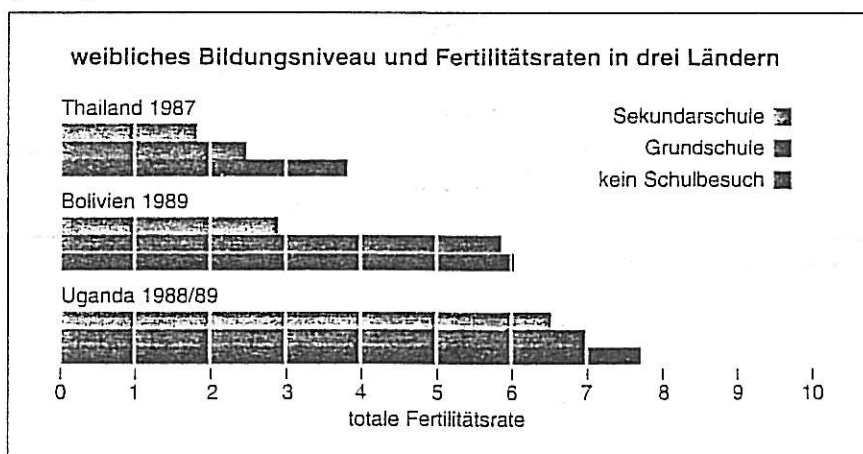


Abb. 7: Änderung der Fertilität in einigen Entwicklungsländern. Quelle: Spektrum der Wissenschaft, 1994, S. 34.

6.2 Umweltflüchtlinge

Die Zahl der Umweltflüchtlinge wird vom Internationalen Roten Kreuz weltweit auf eine halbe Mrd. geschätzt. Prognosen zufolge soll diese Zahl bis zum Ende unseres Jahrzehnts auf eine ganze Mrd. anwachsen. Noch beschränkt sich die Wanderung der Umweltflüchtlinge weitgehend auf ihre Heimatregion, d.h. sie gehen als sogenannte "displaced persons" gar nicht in die Statistik ein, oder sie flüchten sich in die Nachbarstaaten, die selbst unter Massenelend, Umweltzerstörung und Bürgerkrieg leiden.

Die Zahl der Umweltflüchtlinge wird noch erheblich ansteigen, in erster Linie aufgrund der ungebremsten Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt. Beispielsweise soll die Bevölkerung Schwarzafrikas noch auf das Fünffache steigen, bevor eine demographische Stabilisierung eintritt. Die Zahl der Hungernden in dieser Region stieg von 30 Mio. 1985 auf 65 Mio. 1990 und soll im Jahr 2000 bei 130 Mio. liegen. Die Zahl der Umweltflüchtlinge wird vermutlich im selben Maße steigen.

Klimaveränderungen

Die globale Klimaänderung hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit der Problematik der Umweltflüchtlinge nur indirekt zu tun. Das gehäufte Auftreten von gefährlichen Stürmen sowie der steigende Meeresspiegel und die zugehörigen Überschwemmungen werden dies jedoch in naher Zukunft ändern. Klimaforscher rechnen mit einem Anstieg des Meeresspiegels von ein bis zwei Metern bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts. Grobe Schätzungen beziffern die Zahl der Betroffenen auf 300 Mio. (WÖHLKE, S. 58). Es ist anzunehmen, daß auch die fortschreitende Desertifikation und die gehäuft auftretenden Dürreperioden, sowie Hitze- bzw. Kältewellen in den unterschiedlichsten Regionen der Erde zumindest teilweise auf globale Klimaänderungen zurückzuführen sind. Zur Zeit leben 135 Mio. Menschen in akut von Desertifikation bedrohten Gegenden. Man kann davon ausgehen, daß ein Großteil dieser Menschen in naher Zukunft ihre angestammten Gebiete verlassen werden.

Konfliktpotential Wasser

Das Worldwatch-Institute (Washington) prognostiziert zur Jahrtausendwende einen weltweiten Wassermangel. Nach Schätzungen des Instituts herrschte 1992 in 26 Ländern mit insgesamt 232 Mio. Einwohnern Wasserknappheit¹¹. Weiteren 1,2 Mio. steht kein sauberes Trinkwasser zur Verfügung. Am härtesten trifft das Problem Staaten in Afrika und im Nahen Osten. Auch Landstriche in Industrieländern sind betroffen. Die Ursachen sind Wasserverschwendung vor allem in den Industriestaaten, undichte Wasserleitungen, Bevölkerungswachstum und Trinkwasserverunreinigung.

Die WHO gibt an, daß Anfang der 90er Jahre ca. 20 Mio. Menschen pro Jahr in Entwicklungsländern an verunreinigtem Trinkwasser gestorben sind. Außerdem sind nach WHO-Angaben vier fünftel aller Krankheiten in diesen Ländern auf verschmutztes Wasser zurückzuführen.

In vielen Regionen muß in naher Zukunft mit einer Verknappung der Süßwasserreserven gerechnet werden. Bis zum Jahr 2000 wird sich in folgenden Ländern und Regionen eine spürbare Wasserverknappung bemerkbar machen:

¹¹ Das Worldwatch-Institute spricht von Wasserknappheit in einem Staat, wenn weniger als 1.000 m³ Wasser pro Jahr, d.h. weniger als 2,7 l pro Tag, je Einwohner zur Verfügung stehen.

- Teile der USA, Mexiko und Argentinien
 - fast ganz Westeuropa und der westliche Teil der ehemaligen Sowjetunion
 - die nördlichen und östlichen Gebiete Afrikas
 - fast der ganze süd- und ostasiatische Raum und die südlichen Regionen Australiens
- (Quelle: COUNCIL ON ENVIRONMENTAL QUALITY - DEPARTMENT OF STATE 1980, S.24 ff)

In den Friedensverhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern Jordanien und Syrien spielt die Wasserversorgung eine wichtige Rolle. Israel kann nur rund 45% seines Wasserverbrauchs aus Reserven im eigenen Land decken. Der größere Teil kommt aus den von Israel besetzten Gebieten Westjordanland und Golanhöhen. Bei Rückgabe der Gebiete verliert Israel die Wasserressourcen des Jordan und des Jarmuk und gerät so in eine fundamentale Abhängigkeit von seinen Nachbarstaaten.

Ähnliche Probleme kündigen sich zwischen der Türkei und den Nachbarstaaten Irak und Syrien an. Bis zum Jahr 2020 will die Türkei das Staudammprojekt GAP fertigstellen. Die Flüsse Euphrat und Tigris sollen mit 21 Dämmen aufgestaut werden, um Ostanatolien zu bewässern. Der Irak und Syrien befürchten, das Staudammprojekt könne einen Wassermangel in ihren Gebieten bewirken und sie in türkische Abhängigkeit bringen.

7 Lösungsansätze

Alle Bemühungen internationaler Organisationen in Bezug auf das Weltflüchtlingsproblem zielen bisher lediglich auf eine Linderung der Symptome ab, d.h. es wird humanitäre Hilfe geleistet und es werden internationale Abkommen geschlossen, die den Schutz der Flüchtlinge gewährleisten sollen und ihre wirtschaftlichen und sozialen Rechte sichern sollen. Das UNHCR-Abkommen und seine Ergänzungen wurde zwar von ca. 100 Staaten unterzeichnet, die praktische Umsetzung in den Unterzeichnerstaaten läßt jedoch vielfach zu wünschen übrig. Versuche, die Ursachen des Migrationsproblems anzugehen, haben dagegen kaum Aussicht auf Erfolg. Der Hauptgrund ist auch hier die Aufteilung der Weltgesellschaft in Nationalstaaten. Die in diesem Zusammenhang oft empfohlene internationale Zusammenarbeit auf politischer Ebene, um auf diplomatischem Wege Druck auf jene Länder auszuüben, von denen Flüchtlingsströme ausgehen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt: jeder Nationalstaat hat primär sein eigenes Wohl im Auge und politische und/oder wirtschaftliche Sanktionen werden nur eingehalten, wenn die nationalen Interessen dadurch nicht berührt sind. Man denke nur an die zahlreichen Brüche und Umgehungen der UNO-Sanktionen gegen den Irak oder zur Zeit gegen Serbien. Auf der anderen Seite sehen die Nationen, gegen welche die Sanktionen gerichtet sind, die Maßnahmen als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Der Souveränitätsbegriff wird weltweit mißbraucht. Zahlreiche Nationalstaaten "verwechseln" nämlich Souveränität mit staatlicher Willkür. Die Auffassung, der Staat könne auf seinem Territorium inhaftieren, hinrichten und foltern wie es ihm beliebt, ist weit verbreitet.

Auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen sieht einen Lösungsansatz für das Weltflüchtlingsproblem in der internationalen Kooperation. Mit diplomatischen Mitteln soll nach der Resolution von 1986 erreicht werden, daß die Staaten, von denen Flüchtlingsströme ausgehen, ihren zum Teil bereits eingegangenen menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen. Eine wirksame internationale Zusammenarbeit und weiter- und tiefergehende soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklungsprogramme sind dazu erforderlich.

Während für die Flüchtlingsproblematik bis heute keine befriedigende internationale Regelung gefunden wurde, ist die Arbeitsmigration relativ gut organisiert. Neben zwischenstaatlichen Vereinbarungen gibt es im europäischen Raum die Migrationsausschüsse des Europarates und der OECD. Die Internationale Arbeitsorganisation legt soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards weltweit fest.

Anhang

Die jüngsten Konfliktherde

Albanien

Im Gefolge der Entstalinisierung des Landes und der neuen Freiheiten durch die Demokratisierungsmaßnahmen flohen um die Jahreswende 1990/91 ca. 5.000 Angehörige der griechischen Minderheit nach Griechenland¹². Im Februar 1992 setzte eine zweite große Flüchtlingswelle ein. Innerhalb von 11 Tagen flohen rund 20.000 Albaner über die Adria nach Apulien (in die süditalienischen Hafenstädte Otranto und Brindisi). Daraufhin übernahm das Militär die Kontrolle der Häfen und stürmte die Flüchtlingschiffe. Obwohl im Juni 1991 eine frei gewählte Koalitionsregierung gebildet und Albanien in die KSZE aufgenommen wurde, kam es Anfang August erneut zu einer Flüchtlingswelle nach Italien. Nach der Ausweisung der Flüchtlinge schlossen Albanien und Italien einen Vertrag, der die Fluchtbewegungen unterbinden soll.

Zerfall der Sowjetunion

Die ehemalige Sowjetunion stand 1992/93 im Brennpunkt ethnonationaler Konflikte. Allein in Rußland gibt es ca. 140 nationale Minderheiten und Volksgruppen. Ein großes Konfliktpotential lag in den vergangenen zwei Jahren in den ethnischen und religiösen Konflikten zwischen den nichtrussischen Völkern.

Die Binnenwanderungen auf dem Gebiet der ehemaligen SU haben sich seit deren Zerfall mehr und mehr zu grenzüberschreitender Migration gewandelt. Wird die wirtschaftliche Umgestaltung nach westlichem Vorbild weitergeführt, so muß man das weitgehend ideologisch begründete Subventionssystem abschaffen. Betroffen sind die Rüstungsindustrie, ihre Zulieferbetriebe und die durch staatliche Unterstützung künstlich am Leben gehaltene Grundstoffindustrie in Nordrußland und Nordsibirien, sowie große Bereiche der Landwirtschaft. Diese Branchen werden Massen von Arbeitskräften freisetzen, und die Betroffenen versuchen in zunehmendem Maße, statt in einem der Nachfolgestaaten der SU, sich in den südlich oder westlich angrenzenden Ländern niederzulassen und tragen damit zur steigenden Zahl der internationalen Migranten bei.

Erst seit 1992 gibt es in den GUS-Staaten eine staatliche Einrichtung für die Belange der Flüchtlinge; den "Föderalen Migrationsdienst Rußland". Es kommen aber nicht nur Millionen von Russen aus den ehemaligen Teilrepubliken, im Gegenzug wandern auch Nichtrussen aus Rußland ab, bzw. sie werden durch Übergriffe und Pogrome vertrieben.

Große Bevölkerungsteile reagieren sehr schnell auf eventuelle ökonomische Vorteile im Ausland. So reisten allein 1991 rund 7 Mio. Angehörige der GUS und des Baltikums nach Polen. Istanbul hatte im selben Jahr täglich 15.000 Besucher aus diesen Ländern zu verzeichnen. Bei der zunehmenden Zahl von Emigranten in die westlichen Nachbarländer handelte es sich in den vergangenen Jahren vorwiegend um Deutsche und Juden. Armenier und Griechen bildeten weitere große Gruppen.

¹² Die ca. 200.000 Albaner griechischer Abstammung (nach Angaben der griechischen Behörden) sollen nach Vorstellung der griechischen Regierung zwar die griechische Staatsangehörigkeit erhalten, jedoch weiterhin in Albanien leben und arbeiten. Griechenland erhofft sich dadurch einen gewissen Einfluß auf die Politik Albanien.

Der Jugoslawien-Konflikt

Bis zur Bildung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (nach dem Zweiten Weltkrieg in Versailles ausgehandelt) standen die Gebiete unter der Herrschaft Österreich-Ungarns, des Osmanischen Reiches und des Königreichs Serbien. Eines der Kriegsziele Serbiens im Ersten Weltkrieg war der Anschluß der südslawischen Gebiete der Donaumonarchie. Dagegen faßten die Kroaten eine kroatisch-föderalistische Konzeption ins Auge. Der Führungsanspruch der Serben seit Gründung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen 1918 unter dem Serbenkönig Peter I. hatte in dem 15 Nationalitäten und unterschiedlichste Religions- und Konfessionszugehörigkeiten vereinigenden Staat immer wieder zu Unruhen und Krisen geführt. Der Bürgerkrieg in der ehemals jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina brach aus, nachdem im April 1992 die bosnischen Serben in Nordbosnien ihren Eroberungskrieg begannen. Seither bekriegen sich Serben, Kroaten und Moslems, was bisher rund 1,3 Mio. Menschen zur Flucht bewogen hat. Im Juni 1993 hatten die Serben, die 31% der bosnischen Bevölkerung stellen, 65% des Territoriums erobert. Alle eroberten Gebiete werden systematisch von Bewohnern anderer Nationalitäten und Glaubensgruppen "gesäubert", d.h. die betroffenen Menschen werden vertrieben. Durch diese sogenannte "ethnische Säuberung" sollen die eroberten Gebiete rein mit Serben besiedelt werden, um eine Rückeroberung zu erschweren. Seit April 1993 bekämpfen sich auch die bis dahin verbündeten Kroaten und Moslems in Zentralbosnien. Restjugoslawien besteht heute nur noch aus Serbien und Montenegro. Die Dreiteilung Bosnien-Herzegowinas in serbische, kroatische und muslimische Teilgebiete könnte zu einer Lösung des Konfliktes führen, sie gestaltet sich jedoch aufgrund der starken kleinräumigen Verflechtung der ethnisch (weitgehend) homogenen Gebiete äußerst schwierig.

Das Kurden-Problem

Das Problem der Kurden ist zur Zeit durch die Vorkommnisse im Osten der Türkei wieder in den Medien. Das westasiatische Volk der Kurden ist mit 20 bis 25 Mio. Angehörigen das viertgrößte Volk im Mittleren Osten, hat aber kein eigenes Staatsgebiet. Die Kurden leben im gebirgigen (d.h. schlecht zu bewirtschaftenden und wenig fruchtbaren) Grenzgebiet zwischen Armenien, Iran, Irak, Syrien und der Türkei (in Ostanatolien leben 50% des Kurdenvolkes). Als Minderheit und wegen ihres Kampfes um Autonomie, den sie teilweise auch bewaffnet führen, sind sie Verfolgungen und kriegesischen Angriffen ausgesetzt. Die militärische Organisation der PKK (linksextremistische Arbeiterpartei Kurdistans) führt seit 1984 einen Guerillakrieg gegen die Türkische Armee. Seit die PKK im Mai 1993 den zwei Monate vorher verkündeten Waffenstillstand gebrochen hat, wurden in ganz Europa Anschläge von Kurden auf türkische Einrichtungen verübt und umgekehrt Attentate an kurdischen Oppositionellen begangen (z.B. der Anschlag in Berlin auf Funktionäre der PDK, der kurdischen Demokratischen Partei des Iran). Die Türkei hat im September 1992 die militärischen Aktionen gegen die Kurden verstärkt und nach dem Waffenstillstandsbruch im Juli 1993 eine Großoffensive in Südostanatolien gestartet. Menschenrechtsorganisationen geben die Zahl der in den Jahren 1992/93 verschleppten Kurden mit 20.000 an.

Gegenwärtig werden die Kurdenlager im Norden Iraks nach UNO-Resolution von einem internationalen Luftwaffengeschwader geschützt. Es besteht jedoch in naher Zukunft kaum Aussicht auf einen autonomen Kurdenstaat, da dies das Machtgefüge im Nahen Osten vollkommen aus dem Gleichgewicht bringen und die Lage weiter destabilisieren würde. Deshalb haben auch die Großmächte kein Interesse daran, den Konflikt auf diese Art zu lösen.

Die Nahost-Friedensverhandlungen

Mit der Schaffung des Staates Israel 1948 wurde ein jüdischer Staat mitten zwischen arabisch-islamische Staaten gesetzt und gleichzeitig das Siedlungsgebiet und die Rechte der Palästinenser beschnitten. Die traditionelle jüdisch-arabische Rivalität ließ die Palästina-Frage zu einer Herausforderung für alle Nahost-Staaten werden. Die zahlreichen Kriege führten dazu, daß heute mehr als zwei Millionen von den insgesamt vier Millionen Palästinensern als Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern im Gaza-Streifen, auf der Westbank, in Jordanien, Syrien und im Libanon leben. Tabelle 1 (HARENBERG 1994, S. 365) gibt einen Hinweis auf das Ausmaß der palästinensischen Flüchtlingsbewegung. Auch der 1975 ausgebrochene Bürgerkrieg im Libanon hängt eng mit der Palästinenser-Frage zusammen; viele der vertriebenen Palästinenser haben sich im Libanon niedergelassen und spielten im Bürgerkrieg eine treibende Rolle. Insgesamt flüchtete ein Drittel der Libanesen vor den Unruhen. 630.000 der Flüchtlinge leben heute in Lagern und Notunterkünften im eigenen Land, die übrigen 500.000 sind nach und nach "ausgewandert". Die seit Oktober 1991 andauernden israelisch-arabischen Friedensverhandlungen¹³ haben im Frühjahr 1994 erstmals zu konkreten Ergebnissen geführt. Anfang Mai dieses Jahres wurde das Autonomieabkommen für die Region um Jericho und Gaza unterzeichnet¹⁴. Der Abzug der israelischen Truppen war auf den 13. Juli dieses Jahres festgesetzt, wird sich aber voraussichtlich weiter verzögern. Die Mängel in der Selbstverwaltung (massive finanzielle Probleme blockieren jeglichen Fortschritt, und die von der Weltbank zugesicherten Mittel lassen auf sich warten) bieten den Friedensgegnern vor allem auf arabischer Seite zunehmend Angriffspunkte. Extremisten auf beiden Seiten versuchen weiterhin, die Fortschritte im Friedensprozeß durch Anschläge auf Zivilisten zu sabotieren¹⁵. Zusammenstöße im Westjordanland und im Gazastreifen haben seit Anfang 1994 ca. 100 Menschenleben gefordert. Dennoch planen Rabin und Arafat noch in diesem Jahr gemeinsame Wahlen durchzuführen. Beim israelisch-jordanische Gipfeltreffen am 25. Juli 1994 in Washington haben Israel und Jordanien offiziell ihren Krieg beendet. Rabin signalisiert außerdem seine Bereitschaft zum Abzug aus den Golanhöhen und des Wadi Akaba¹⁶. Die Zugeständnisse sollen Hafis-el-Assad (bislang erbitterter Gegner des Friedensabkommens) unter Druck setzten.

Aufenthaltort	Anzahl
Gazastreifen	560.000
Westjordanland	460.000
Jordanien	1.010.000
Libanon	320.000
Syrien	300.000

Tabelle 1: Quelle: Die Woche, 7.4.1993.

¹³ Gegenstand der Verhandlungen sind in erster Linie der Status der seit 1967 beziehungsweise seit 1982 von Israel besetzten Gebiete.

¹⁴ Bereits Anfang April 1994 räumte die israelische Polizeiverwaltung die besetzten Gebiete und übergab sie der Kontrolle durch PLO-eigene Polizeieinheiten.

¹⁵ Islamischer Dschihad und Hamas auf Seiten der Araber, radikale Siedler und verbotene Extremistenorganisationen wie Kach und Kahame Chai auf jüdischer Seite.

¹⁶ Die Aktionen militanter israelischer Siedler auf den Golanhöhen, wie auch im Westjordanland (v.a. Hebron) gefährden den Fortschritt der Friedensverhandlungen.

Massaker in Ruanda

In den ostafrikanischen Kleinstaaten Ruanda und Burundi kam es schon vor der Unabhängigkeit - bis 1962 waren beide Staaten belgisches Mandatsgebiet - zu Massakern an der Minderheit der Tutsi-Hirten (14% Bevölkerungsanteil), verübt von den Hutu-Bauern (85% Bevölkerungsanteil). Heute leben immer noch Hunderttausende von Flüchtlingen aus beiden Volksstämmen in Zaire, Tanzania und Kenia. Die Ausschreitungen dauerten bis in die 70er Jahre.

Das frühere Hirtenvolk der Tutsi hat, später auch unterstützt durch die belgischen Kolonialherren¹⁷, das Volk der Hutu-Bauern trotz deren zahlenmäßiger Überlegenheit jahrhundertlang beherrscht. In Ruanda gelangte mit Beginn der Unabhängigkeit erstmals ein Hutu-Präsident an die Macht. In Burundi dauerte es sogar bis zu den ersten freien Wahlen im Juni 1993, bis erstmals ein Repräsentant der Hutu-Mehrheit an die Macht kam. Trotzdem sind Armee und Polizei bis heute in den Händen der Tutsi. So ist es nicht verwunderlich, daß das Militär bereits im Oktober 1994 gegen den neugewählten Präsidenten putschte und ihn ermordete¹⁸. Sein Nachfolger, ebenfalls ein Hutu, kam Mitte April 1994 bei einem Flugzeugabsturz zusammen mit seinem ruandischen Kollegen ums Leben¹⁹. Die Ermordung der beiden Präsidenten war der Auslöser für die schweren Ausschreitungen (Hutu-Extremisten, vorwiegend Angehörige der Präsidentengarde, machten Jagd nicht nur auf Tutsi, sondern auch auf Hutu-Politiker, die für die Aussöhnung der beiden Stämme eingetreten waren), die von der Hauptstadt Kigali ausgehend zu Massakern im ganzen Land geführt haben²⁰. Gegenwärtig bekämpfen sich rund 35.000 Regierungssoldaten und ca. 20.000 Kämpfer der Rebellenbewegung Ruandische Patriotische Front (RPF). Sie rekrutiert sich hauptsächlich aus Tutsi-Flüchtlingen, die 1990 schon einmal von Uganda aus nach Ruanda eingefallen sind und den Norden des Landes in einem dreijährigen Guerillakrieg verwüstet haben. Jetzt sehen sie offenbar wieder eine Chance, ihre nach der Unabhängigkeit verlorene Vormachtstellung zurückzuerobern, während die Hutu auf Rache für ihren toten Präsidenten sinnen. Nach ersten Schätzungen sind den Massakern rund eine halbe Million Menschen zum Opfer gefallen. Ende Juli sah die Flüchtlingsbilanz Ruandas folgendermaßen aus: In den Lagern in Zaire hielten sich 1,4 Mio. Menschen auf, nach Burundi waren 1,1 Mio. Ruander geflohen, in Tanzania hatten 400.000 Flüchtlinge Aufnahme gefunden und in Uganda 10.000.

Der Bürgerkrieg in Algerien

In Algerien haben die Militärs durch eine staatsstreichartige Blockade der Parlamentswahlen von 1992 den sicheren Sieg der FIS (Islamische Heilsfront) verhindert. Die Islamisten kämpften für einen "Gottesstaat" und setzen dazu genauso kompromißlos auf Terror gegen alle "Ungläubigen" wie die Militärs, die alle vermeintlichen Anhänger der Heilsfront verfolgt. Der schleichende Bürgerkrieg hat in den vergangenen zwei Jahren 4 - 5.000 Tote gefordert.

¹⁷ Die viehzüchterischen Traditionen der Tutsi kam den Plänen der Kolonialherren entgegen. Zudem bevorzugten die Belgier die Zusammenarbeit mit den großgewachsenen Tutsi und setzten sie auch in rein oder vorwiegend von Hutu bewohnten Gebieten in der Verwaltung ein.

¹⁸ Daraufhin kam es zu einem Massaker, bei dem in knapp einer Woche über 100.000 Menschen getötet wurden.

¹⁹ Die Maschine wurde beim Landeanflug von Bodenraketen getroffen. Die Vermutung liegt nahe, daß auch für diesem Anschlag Tutsi-Rebellen verantwortlich sind.

²⁰ Die Massaker Mitte April forderten in einer Woche 20.000 Menschenleben. Das sind doppelt so viele als in Sarajevo in zwei Jahren getötet wurden.

Frankreich bereitet sich seit April dieses Jahres auf einen Massensexodus aus Algerien vor²¹. Sollte sich die Lage verschärfen, muß Paris für die Integration von 25.000 in Algerien lebenden Franzosen²² und ca. 50.000 Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft sorgen. Hinzu kommen zahlreiche Algerier, die sich in ihrer Heimat von islamischen Extremisten bedroht fühlen. Schon jetzt erteilt Frankreich täglich rund 1.000 Einreisegenehmigungen an Algerier. Angesichts von über drei Millionen Arbeitslosen, einem stark überschuldeten Sozialversicherungssystem und angespannter Lage (aufgrund von Rassegegensätzen) in den Großstädten sieht Frankreich kaum lösbare Probleme auf sich zukommen.

Die Krisenherde in den Flüchtlings-Kernzonen - eine Auswahl

Afrika

Die 1975 von Spanien aufgegebene Kolonie *Westsahara* wurde aufgrund der dort vermuteten Rohstoffvorkommen von Marokko und Mauretanien besetzt. Die Sahaouis kämpften um ihre Unabhängigkeit. Die nicht kämpfenden Sahaouris, vor allem Frauen und Kinder, flohen nach Algerien, wo sie bis heute in 20 Zeltstädten ein karges Dasein fristen.

In der *Republik Tschad* leben Angehörige unterschiedlichster Kulturen, die sich auf über 100 Sprachgruppen verteilen, in dem von den französischen Kolonialherren geschaffenen "Kunststaat". Zwischen den muslimischen arabisch geprägten Nomaden im Norden und den negriden christlichen Ackerbauern im fruchtbaren Süden kommt es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Rund eine viertel Million flüchteten bis heute in den Sudan, nach Kamerun, Nigeria und in die Zentralafrikanische Republik.

Auf ähnliche Ursachen geht die Nord-Süd-Spannung im *Sudan* zurück. Im Südsudan leben Christen, im Nordsudan Moslems. Nach 1958 kam es immer wieder zum Bürgerkrieg zwischen den Religionsgruppen. 1987 lebten ca. 205.000 sudanesishe Flüchtlinge in Äthiopien. Der Südsudan beherbergt seinerseits Hunderttausende von Flüchtlingen aus Äthiopien, Zaire, Uganda und der Republik Tschad. Am 5.2.1994 griffen Regierungstruppen aus Karthum die Flüchtlingslager im Süden an. Zehntausende flohen daraufhin nach Zaire und andere Nachbarstaaten. Ende Juli 1994 erklärte die sudanesishe Regierung in ihrem Kampf gegen die meist christlichen Rebellen aus dem Süden (Volksbefreiungsarmee SPLA) einen einseitigen Waffenstillstand. Die Bemühungen der gegenwärtig in Nairobi tagenden Sudan-Friedenskonferenz (Teilnehmer sind neben den Bürgerkriegsparteien auch die Präsidenten der Nachbarstaaten Uganda, Äthiopien, Eritrea und Kenia), den seit elf Jahren andauernden Bürgerkrieg zu beenden, blieben bislang ohne Erfolg.

In *Äthiopien* kämpften eritreische Befreiungsbewegungen seit 1961 um ein unabhängiges Eritrea. 700.000 Menschen flohen vor den Kämpfen in den Sudan, 30.000 nach Djibouti. Die Revolution von 1974 löste einen Strom politischer Flüchtlinge aus. Der 1978 von sowjetischen und kubanischen Truppen zugunsten Äthiopiens entschiedene Konflikt zwischen äthiopischen Truppen und von Somalia unterstützten Befreiungsbewegungen um den Ogaden bewegte über eine Million Menschen zur Flucht nach Somalia, von denen Ende der 80er Jahre noch 840.000 in Somalia lebten. Auch die Hungersnöte von 1973/74, 1983/84 und 1987/88 zwangen Hunderttausende zur Flucht.

²¹ Die Fundamentalisten bedrohen in erster Linie im Land lebende Ausländer und Touristen, zunehmend aber auch Nichtgläubige bzw. westlich orientierte Algerier.

²² Die Angehörigen dieser Gruppe dürften sich mittlerweile zum überwiegenden Teil in Frankreich aufhalten.

In *Mocambique* treiben die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Rebellen die Zivilbevölkerung zur Flucht in die Nachbarländer. Die katastrophale Wirtschaftslage und anhaltende Dürre verschlimmern die Situation und tragen zu den hohen Flüchtlingszahlen bei. 1987 lebten 350.000 Flüchtlinge aus Mocambique in Malawi, 150.000 in Zimbabwe und ebensoviele in Swaziland.

Zu Beginn der Unabhängigkeit (1960) des heutigen *Zaire* (ehemals Kongo) gab es auch hier wiederholt Aufstände. Zehntausende flüchteten und nur ein Teil der Migranten kehrte in ihre Heimatdörfer zurück. 1977 und 1978 versuchten Exil-Zairer zweimal, die Regierung Mobutu zu stürzen. Bis heute wagen hunderttausende von oppositionellen Zairern nicht, aus ihrem Exil zurückzukehren; Gerüchten zufolge sollen rückkehrende Flüchtlinge gefoltert und hingerichtet worden sein. Auch Zaire ist seinerseits ein Zufluchtsort für über 300.000 Flüchtlinge hauptsächlich aus Angola und Uganda.

In *Angola* herrscht seit der Unabhängigkeit 1975 Bürgerkrieg. Die marxistische Regierung wurde von Kuba und der Sowjetunion unterstützt, die UNITA-Rebellen von Südafrika und den USA. Der Krieg zerstörte große Teile des Kulturlandes und trieb über die letzten Jahre eine Million Angolaner (von insgesamt 8 Mio.) vom Land in die völlig heruntergekommenen Städte. Daneben suchten laut UNHCR-Statistik 1987 270.000 Angolaner in Zaire und 94.000 in Zambia Schutz vor den Kämpfen.

Ähnlich gestaltet sich die Lage in *Uganda*. Bereits die achtjährige Schreckensherrschaft von Idi Amin hatte mehrere Hunderttausend in die Flucht getrieben. Nach dem Amtsantritt von Präsident Obote herrschte von 1979 bis 1986 ein Bürgerkrieg, in dem sich mehrere Guerillagruppen (zum Teil handelte es sich um ehemalige Anhänger Idi Amins) und die Regierungstruppen bekriegten. Man schätzt, daß rund 170.000 Zivilisten aufgrund der unsicheren Lage, politischer und ethnischer Diskriminierung in den Südsudan und 23.000 nach Zaire flohen. Mittlerweile hat sich die Lage zwar normalisiert und 140.000 sind aus dem Sudan zurückgekehrt (nicht zuletzt getrieben durch die heftigen Auseinandersetzungen, die den Sudan selbst erschüttern). Die miserable wirtschaftliche Situation des Landes hält aber viele von der Rückkehr ab.

Die in *Südafrika* im Rahmen der Apartheitspolitik betriebene Zwangsumsiedlung von Schwarzen in die verarmten und völlig überbevölkerten Homelands - allein in der Zeit von 1960 bis 1980 waren es 3,5 Mio. - fällt XXX zwar nicht unter die internationale Migration, die Folgen, nämlich totale Entwurzelung, sind aber für Vertriebene oder Zwangsumgesiedelte und Flüchtlinge dieselben. Ende April 1994 fanden erstmals demokratische Wahlen statt. Im Vorfeld der Wahlen gab es blutige Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der IFP (Inkatha-Freiheitspartei) unter Zulu-Führer Buthelezi und Anhängern des ANC (African National Congress) unter der Führung von Nelson Mandela. Die Kämpfe, die sich im Stammesgebiet der Zulus, der Provinz Natal und dem Homeland Kwazulu konzentrierten (wo etwa ein Viertel der insgesamt 22,7 Mio. Wahlberechtigten ganz Südafrikas leben), forderten seit Mitte März fast täglich rund ein Dutzend Tote und spaltete die Wohngebiete in Inkatha-Land und ANC-Territorium. Ausgelöst wurden die Unruhen als Zulu-König Goodwill Zwelthini ein souveränes Zulu-Reich ausrief und Buthelezi verkündete, er wolle mit seiner IFP die bevorstehenden Wahlen boykottieren. Der erfolgreichen Vermittlung Mandelas ist es zu verdanken, daß die Wahlen letztendlich doch stattgefunden haben und die Homelands befriedet werden konnten. Der Wahlsieg Mandelas wurde am 06.05.1994 offiziell bestätigt, wobei er die Zwei-Drittel-Mehrheit nur knapp verfehlte und deshalb die neue Verfassung, die das Interims-Grundgesetz ablösen soll, nicht alleine beschließen kann. Mandela bildete eine Regierung der nationalen Einheit unter Beteiligung der Nationalen Partei von Frederik de Klerk (20,4%) und mehrerer kleinerer Parteien. Die Fortdauer des Friedens und der Demokratie in Südafrika hängt in erster Linie davon ab, ob es Mandela in naher Zukunft gelingen wird, die materielle Benachteiligung und Diskriminierung der schwarzen Bevölkerungsgruppen zu mindern.

Asien

Die Schaffung des Moslem-Staates *Pakistans* im Zuge der Entkolonialisierung *Indiens* 1947 setzte einen Flüchtlingsstrom gigantischen Ausmaßes in Bewegung (siehe 5.1.1 Die Situation in den Flüchtlingskernzonen). Die geographisch weit auseinanderliegenden Staatsgebiete von Ost- und Westpakistan und die vollkommen unterschiedliche politische, kulturelle, sprachliche und historische Entwicklung beider Regionen konnte auch die gemeinsame Religion nicht überbrücken. Ost-Pakistan spaltete sich 1971 unter erneuter Auslösung von Flüchtlingsbewegungen ab, und das unabhängige Bangladesh wurde gegründet. Probleme bereiten bis heute die Shiks, deren Siedlungsgebiet, der Punjab, 1947 in einen pakistanischen und einen indischen Teil geteilt wurde.

Seit 1959 hält China den Buddhistenstaat *Tibet* besetzt. Mehrere Hunderttausend Tibeter wurden seither vertrieben, verschleppt oder getötet.

Der Konflikt im *Mittleren Osten* war seit 1979 beherrscht vom Krieg um *Afghanistan*. Als sogenannter Stellvertreterkrieg ein Kind des Kalten Krieges zwischen Ost und West. Zahlenmäßig hat dieser Konflikt die bedeutendsten Fluchtbewegungen der Gegenwart ausgelöst. 3,2 Mio. fanden in Pakistan Zuflucht, 2,2 Mio. wurden vom Iran aufgenommen, und einige Zehntausend flüchteten nach Indien, in die Türkei und andere Länder in der Region. Der Krieg war ausgebrochen, als die kommunistische Regierung - mit ihren "Modernisierungsmaßnahmen" im islamischen Land unter Druck geraten - die Sowjetunion um Hilfe gebeten hatte, worauf Ende 1979 die Rote Armee einmarschierte. Der Krieg zwischen der Roten Armee und afghanischen Widerstandskämpfern trieb vor allem Frauen und Kinder in die Flucht, die Männer kämpften im Widerstand, der in erster Linie von Pakistan aus organisiert wurde. Auch nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1988 kehrte kein Friede ein.

Von *Südostasien* gingen seit Ende des Indochina-Krieges (auch dieser Krieg wurde im Namen des Ideologienwettstreites zwischen Ost und West geführt) 1975 immer wieder Fluchtbewegungen aus. Verantwortlich sind das Wirtschaftschaos und die Umerziehungsmaßnahmen der kommunistischen Regierungen, die nach dem Krieg in Vietnam, Laos und Kambodscha die Macht übernommen haben.

Seit der Wiedervereinigung *Vietnams* 1976 lösten die Maßnahmen der Regierung (wie etwa die Einweisung in Umerziehungslager, Verstaatlichung des privaten Handels) immer wieder Flüchtlingswellen aus.

Nachdem aus dem Königreich *Laos* 1975 eine Volksdemokratische Republik geworden war, ließen die neuen Machthaber 50.000 Hmong niedermetzeln. Das Bergvolk hatte im Krieg auf Seiten der USA gekämpft. 75.000 Hmong konnten rechtzeitig nach Thailand flüchten.

In *Kambodscha* übernahmen nach 1975 die maoistischen Rote Khmer (kommunistische, politisch und militärisch organisierte Gruppe aus dem Volk der Khmer) die Macht. Während ihrer Schreckensherrschaft sollen 3 Mio. Kambodschaner ermordet und ebenso viele von den Städten aufs Land zwangsumgesiedelt worden sein. Aufgrund strengster Kontrollen gelang "nur" 250.000 Kambodschanern die Flucht (150.000 nach Vietnam, 100.000 nach Thailand). Im Dezember 1978 besetzten vietnamesische Truppen das Land und stürzten die Regierung der Roten Khmer. Der Bürgerkrieg zwischen den nationalistischen Partisanen und den vietnamtreuen Regierungstruppen (verstärkt durch die vietnamesischen Divisionen) führten vor allem in den Jahren 1983/84 zu großen Fluchtbewegungen nach Thailand²³. Ab 1987 gab es erste Verhandlungen über die Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges, die zunächst erfolglos verliefen, in späteren Anläufen aber zu einer schrittweisen Befriedung und Demokratisierung führten. So begann Vietnam 1988 mit dem Abzug seiner Truppen, der Ende 1989 beendet war. 1991 kam es zu einem ersten Waffenstillstandsab-

²³ 1983 flohen 30.000 Kambodschaner vor Eroberungen der vietnamesischen Truppen nach Thailand. 1984 trieb die traditionelle "Trockenzeit-Offensive" 80.000 kambodschanische Flüchtlinge nach Thailand.

kommen und kurz darauf zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens. Die von den UN entsandten Friedensstruppen konnten die im Frühjahr 1992 begonnene Repatriierung der rund 370.000 kambodschanischen Flüchtlinge aus den Lagern in Ostthailand ein Jahr später beenden. Trotzdem die Roten Khmer wiederholt gegen das Friedensabkommen verstießen, fanden Ende Mai 1993 die ersten freien Wahlen nach über 20 Jahren statt²⁴. Die Roten Khmer hatten die Wahlen boykottiert und in der Zeit vor den Wahlen verstärkt Anschläge verübt²⁵. Die Mitte Juli 1993 von Seiten der Roten Khmer signalisierte Versöhnungsbereitschaft²⁶ gibt Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in Kambodscha.

Die Flüchtlingsbilanz *Indochinas* sah 1988 folgendermaßen aus: In den südostasiatischen Flüchtlingslagern lebten rund 75.000 Menschen aus Laos, 35.000 aus Vietnam und 23.000 aus Kambodscha. Die Zahl der Flüchtlinge wies Ende der 80er Jahre wieder steigende Tendenz auf. Das wichtigste Aufnahmeland Indochinas ist Thailand.

Auf *Sri Lanka* sind es die Tamilen, die als verfolgte ethnische Minderheit die Flucht ergreifen. 50.000 haben sich in der Zeit von 1981 bis 1988 in westliche Industrieländer abgesetzt, 150.000 nach Indien.

Mittelamerika

In Nicaragua herrschte seit 1936 mit praktisch uneingeschränkter Macht die Familie Somoza. Erfolgreiche Aktionen der Sandinisten²⁷ führten 1974, nachdem der Diktator Somoza wieder Präsident geworden war²⁸ erstmals zur Verhängung des Ausnahmezustandes. Seit Anfang 1972 wuchs der Widerstand (auch seitens der katholischen Kirche) gegen das Somoza-Regime. 1978 kam es nach der Ermordung eines führenden Oppositionspolitikers zum Generalstreik, der schnell in einen Bürgerkrieg mündete. Die Mehrzahl der vor den Kämpfen geflohenen Zivilisten (ca. 50.000) kehrte bereits Ende 1979 zurück. Die brutalen Maßnahmen (auch Massenmorde) des Präsidenten und seiner Nationalgarde im Kampf gegen die Oppositionellen führten zu internationalen Protesten. Hinzu kamen bedeutende militärische Erfolge der FSNL. Unter diesen Umständen mußte Somoza am 17. Juli 1979 Nicaragua verlassen. Die am selben Tag gebildete Junta des nationalen Widerstandes übernahm die Macht. Die Auseinandersetzungen mit den von den USA unterstützten Contras führten 1982 erneut zur Verhängung des Ausnahmezustandes. Im selben Jahr flohen 20.000 Misquito-Indianer nach Honduras, da die Regierung aus strategischen Gründen ihre Zwangsumsiedlung plante. Nach entsprechenden Zugeständnissen der Regierung kehrten sie allmählich in ihr altes Stammesgebiet am Rio Coco zurück. 1984 fanden erstmals seit der sandinistischen Revolution und der 42-jährigen Herrschaft der Familie Somoza Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Die FSLN konnte die Wahlen eindeutig für sich entscheiden, da die Opposition sich nicht beteiligte. Der weiterschwelende Bürgerkrieg zwischen Sandinisten und Contra-Rebellen wurde durch direkte Verhandlungen zwischen den Rebellen und der sandinistischen Regierung 1988 schrittweise beendet. Bei den Parlamentswahlen vom Februar 1990 siegte überraschend die UNO (Unión Nacional Opositora).

²⁴ Die Wahlen wurden von neutralen Beobachtern als fair und demokratisch beurteilt.

²⁵ Allein im März 1993 fielen über 100 Menschen politischen Anschlägen zum Opfer, für die zum Großteil die Roten Khmer verantwortlich gemacht werden.

²⁶ Sie erklärten sich bereit, gegen eine Regierungsbeteiligung den bewaffneten Kampf aufzugeben, die von ihnen kontrollierten Gebiete freizugeben und ihre Kämpfer der Nationalarmee zu unterstellen.

²⁷ 1962 gegründete linksgerichtete Befreiungsbewegung FSNL (Frente Sandinista de Liberación Nacional).

²⁸ De facto hatte er auch während der Junta-Regierung (1972-1974) die Macht inne.

In *El Salvador*, das seit 1931 von wechselnden Militärregierungen beherrscht wird, kam es ab 1978 zu wachsenden Unruhen, v.a. unter den Bauern, die unter der ungleichen Landverteilung am stärksten zu leiden hatten. Die Guerilla-Bewegung FMLN (Farabundo Martí de Liberación Nacional) nahm Ende der 70er Jahre den bewaffneten Kampf gegen die Militärdiktatur auf. Von 1980 bis 1988 haben rund eine Million Salvadorianer das Land verlassen. Neben Militäraktionen der Regierungstruppen, der Guerillas und der rechtsextremen Todesschwadronen treiben die ungleichen Besitzverhältnisse - auch hier konzentriert sich der Grundbesitz in den Händen weniger Familien - die trostlose Wirtschaftslage und die daraus resultierende extreme Verarmung der Landbevölkerung jedes Jahr mehrere Tausend landlose Bauern ins benachbarte Ausland. Nach den Präsidentschaftswahlen von 1984 kam es erstmals zu Friedensgesprächen zwischen der linksgerichteten Guerilla und der Regierung, doch konnte der Krieg nicht eindeutig beigelegt werden. Im April 1994 fanden erstmals freie demokratische Wahlen statt²⁹, die der Kandidat der ARENA (Alianza Republicana Nacionalista) Armando Calderón Sol für sich entscheiden konnte. Die Vereinten Nationen, die Blauhelme und Wahlbeobachter nach Nicaragua entsandt haben, sprechen von einem erfolgreichen Friedensprozeß. Jedoch scheint fraglich, ob der Friede von Dauer sein kann, denn bislang hat die Regierung die angekündigte Bodenreform nicht durchgeführt³⁰.

In *Guatemala* begann der Krieg zwischen der autoritären Regierung und den Guerillatrüppchen verschiedener linksgerichteter politischer Gruppen³¹ Anfang der 60er Jahre. Die Lage verschärfte sich zusehens, da die Aktionen der Guerillagruppen Gegenterror rechtsextremistischer Gruppen auslöste (sog. Zivilmiliz). Der Krieg gipfelte in den Jahren 1982/83 in Massakern an der Zivilbevölkerung (v.a. Indios und Kleinbauern, die angeblich auf Seiten der Guerillas stehen sollen). Vorausgegangen war ein Militärputsch, bei dem der neugewählte Präsident gestürzt wurde. Eine Militärjunta übernahm die Macht, setzte die Verfassung außer Kraft und verstärkte den Kampf gegen die Oppositionellen. 1983 trat General Mejía Victores an die Stelle Ríos Montts. Er versuchte der Gewalteskalation entgegenzuwirken, indem er schrittweise die Militärs in den öffentlichen Ämtern ersetzte und Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung zuließ. Die Wahlen von 1984 und 1985 führten zum Sieg der Mitte-Links-Partei der Christlichdemokraten und im Januar 1986 trat mit Cerezo Arévalo erstmals seit 16 Jahren ein gewählter Präsident sein Amt an. Seither hat sich die Lage zwar etwas entschärft, aber immer noch leben einige Hunderttausend guatemaltekeische Flüchtlinge in Mexiko, Honduras und Belize.

Nachdem im Juli 1994 eine massive Fluchtbewegung von *Haiti* in die USA einsetzte³², verstärkten die USA ihre Bemühungen, den 1991 durch Militärputsch gestürzten Präsidenten Bertrand Aristide wieder einzusetzen. Die drohende Invasion der USA (zu der auch die UN ihre Zustimmung gegeben haben) hat dazu geführt, daß die Militärregierung Haitis ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt hat.

²⁹ Die FMLN hat sich zu einer gemäßigten sozialdemokratischen Partei gewandelt und nahm als solche an den Wahlen teil.

³⁰ Die ungerechte Landverteilung war einer der Gründe für den Ausbruch des Bürgerkrieges. Die Regierung hatte sich verpflichtet, den ehemaligen Soldaten und Rebellen Land und Geld zu geben. Inzwischen haben sich die mittellosen Ex-Rebellen zu Banden zusammengeschlossen, die Autofahrer überfallen und Vieh stehlen.

³¹ U.a. die verbotene kommunistische PGT (Partido Guatemalteco del Trabajo).

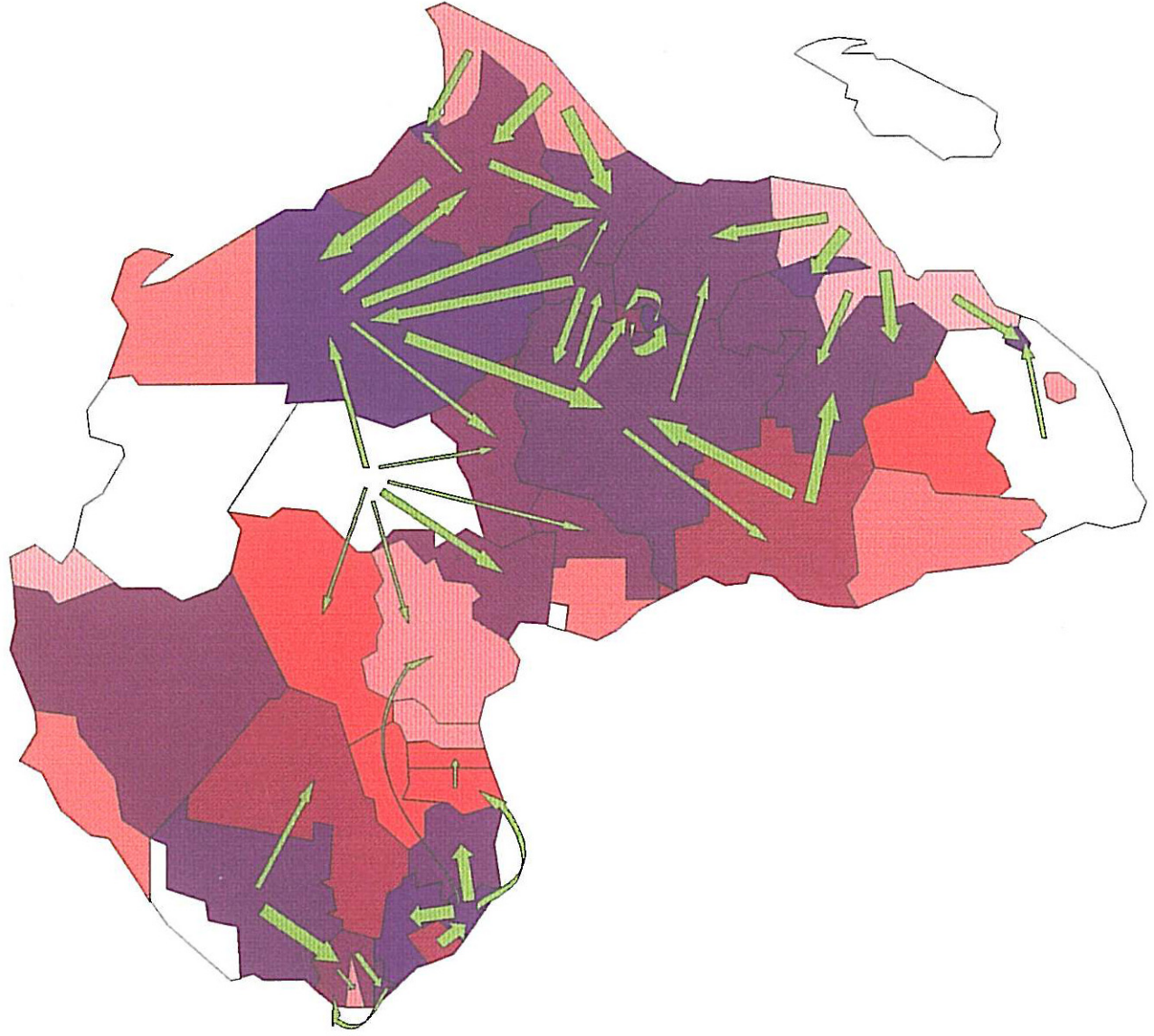
³² Allein in den ersten beiden Juli-Wochen wurden über 15.000 Haitianer von der US-Küstenwache aufgegriffen.

Literaturverzeichnis

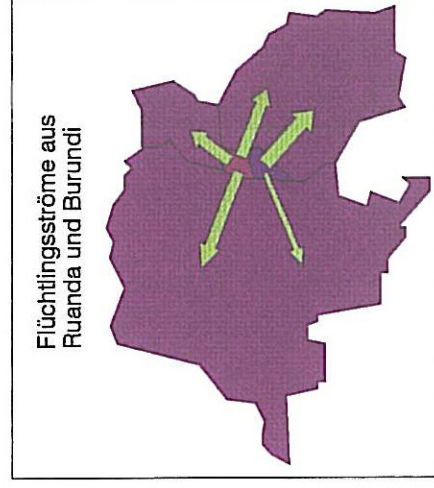
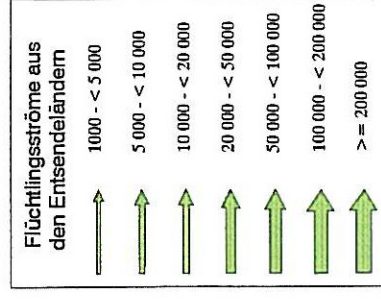
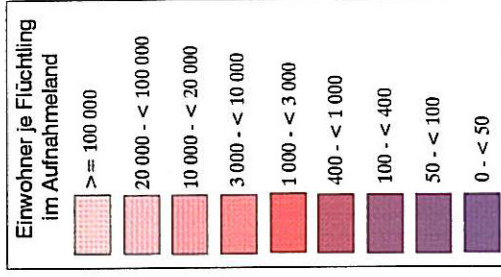
- BELLERS, J. (1993). Internationales System und Migration. In: W. KÄLIN & R. MOSER (Hrsg.), Migrationen aus der Dritten Welt: Ursachen, Wirkungen, Handlungsmöglichkeiten (S. 41 - 56), (3. Aufl.). Bern: Berne.
- BUCHER, B. & HARTMANN, A. (1988). Flucht: Ursachen - Hindernisse - Auswege; ein Handbuch zu Asyl- und Flüchtlingsfragen. Luzern: Rex-Verlag.
- COUNCIL ON ENVIRONMENTAL QUALITY - DEPARTMENT OF STATE (1980), (Hrsg.). The global 2000 Report to the President. Bd. 1, S. 24 f. Washington.
- ENZENSBERGER, H. M. (1993). Ausblicke auf den Bürgerkrieg. Der Spiegel, 25, S. 170 - 174.
- HARENBERG, B. (1994), (Hrsg.). Lexikon der Gegenwart. Dortmund: Harenberg Lexikon-Verlag.
- HEBLER, M. (Hrsg.). (1993). Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft. Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Hitit.
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.-J. (1993). Weltmigration - eine soziologische Analyse. In: W. KÄLIN & R. MOSER (Hrsg.), Migrationen aus der Dritten Welt: Ursachen, Wirkungen, Handlungsmöglichkeiten (S. 57 - 68), (3. Aufl.). Bern: Berne.
- JAEGER, G. (1988). Das Weltflüchtlingsproblem. In: A. GERMERSHAUSEN & W.-D. NARR (Hrsg.), Flucht und Asyl. Berlin: Verlagsabteilung des Berliner Instituts für vergleichende Sozialforschung.
- KNABE, B. (1992). Faktoren und Perspektiven der Ost-West-Wanderungen in Europa. BERICHT DES BUNDESINSTITUTS FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN (Hrsg.), Heft Nr. 43. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
- KÖRNER, H. (1990). Internationale Mobilität der Arbeit. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- KÜHNHARDT, L. (1984). Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem. Massenzwangswanderungen in Geschichte und Politik. Wien: Braunmüller.
- LINDER, W. (1993). Weltmigration - eine soziologische Analyse. In: W. KÄLIN & R. MOSER (Hrsg.), Migrationen aus der Dritten Welt: Ursachen, Wirkungen, Handlungsmöglichkeiten (S. 147 - 164), (3. Aufl.). Bern: Berne.
- NEUFFER, M. (1982). Die Erde wächst nicht mit. Neue Politik in einer überbevölkerten Welt. München: Beck.

- OBERNDÖRFER, D. (1994, 4. Februar). Abschied vom völkischen Wahn. Die Zeit, S. 6-7.
- OECD (1987), (Hrsg.). The Future of Migration. Paris.
- OPITZ, P.J. (1988). Das Weltflüchtlingsproblem: Ursachen und Folgen. München: Beck.
- OPITZ, P.J. (1993). Weltweit auf der Flucht. Geographische Rundschau, 11, S. 680 - 685.
- ROBEY, B., RUTSTEIN, S.O. & MORRIS, L. (1994). Familienplanung in Entwicklungsländern. Spektrum der Wissenschaft, 2, S. 32 - 39.
- ROGERS, R. (1985). Guests come to stay. The Effects of European Labor Migration on Sending and Receiving Counties. Boulder, Colorado: Westview Press.
- SASSEN, S. (1988). The Mobility of Labor and Capital: a study in international investment and labor flow. Cambridge: University Press.
- SCHÖPS, J. (1993). Das vernichtende Wachstum der Weltbevölkerung. Der Spiegel, 10, S. 144 - 155.
- STRAUBHAAR, T. (1988). On the Economics of International Labor Migration. Bern: Berne.
- STRAUBHAAR, T. & GIORGIO, D. (1993). Weltmigration - eine soziologische Analyse. In: W. KÄLIN & R. MOSER (Hrsg.), Migrationen aus der Dritten Welt: Ursachen, Wirkungen, Handlungsmöglichkeiten (S. 93 - 122), (3. Aufl.). Bern: Berne.
- WÖHLCKE, M. (1992). Umweltflüchtlinge, Ursachen und Folgen. München: Beck.

Flüchtlingsbewegungen in Afrika

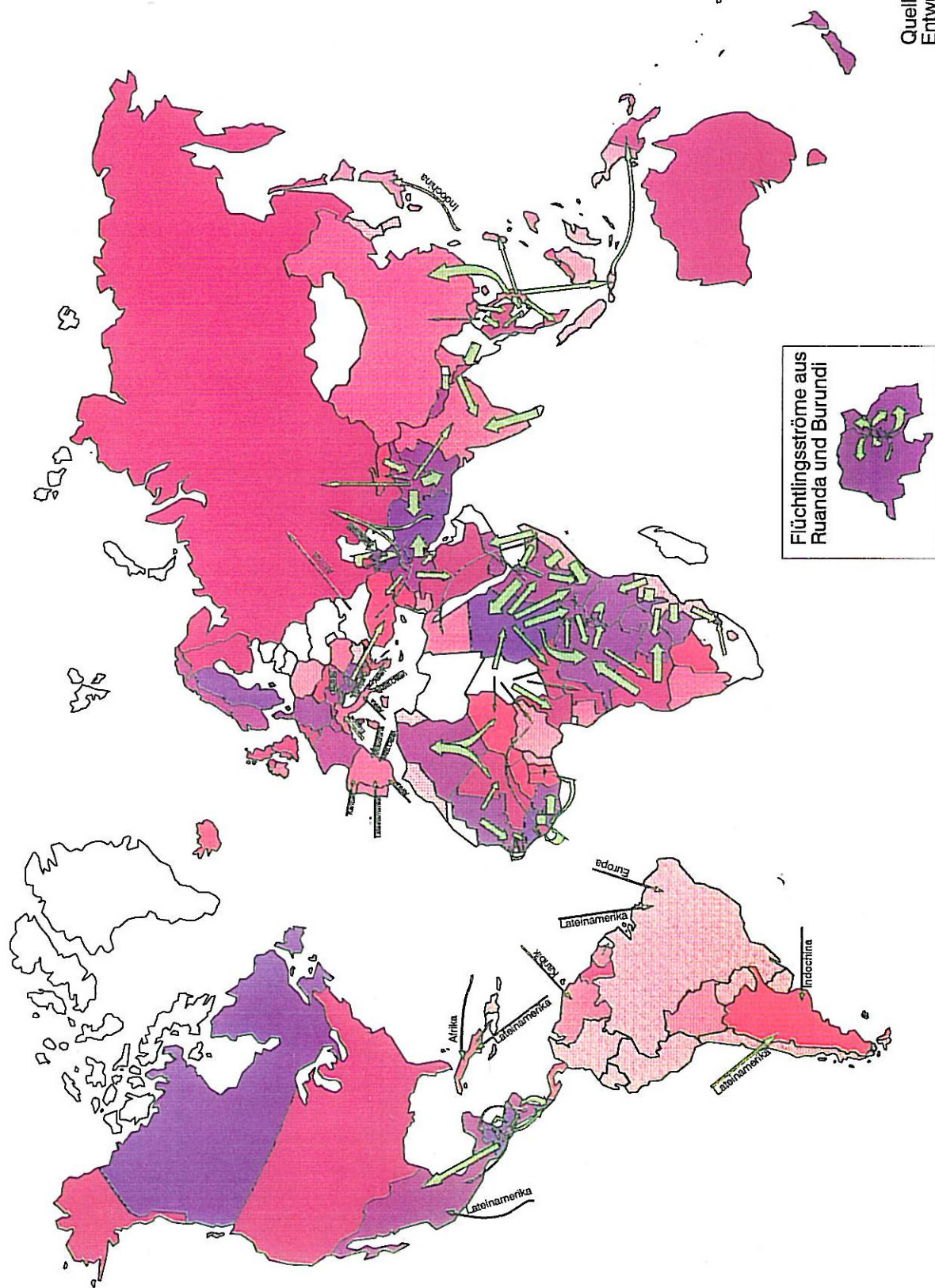
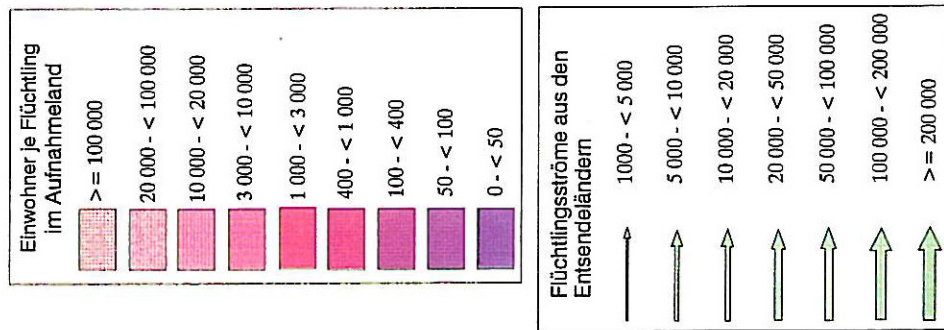


Legende



Flüchtlingsbewegungen

Legende



Quelle: UNHCR-Statistik, Stand: 31.06.1993.
Entwurf u. Bearbeitung: M. Holz u. C. Tsillos